

das sind Mittel, die notwendig sind, weil es gesamtgesellschaftliche Aufgaben sind.

Wir haben zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen auch eine große Veranstaltung der Frauenhäuser durchgeführt, zu der auch die Fraktionen eingeladen waren. Sie waren leider genau wie die CDU-Fraktion bei dieser Veranstaltung nicht vertreten. Es wäre sinnvoll gewesen, wenn Sie wirklich einmal von denjenigen, die in Nordrhein-Westfalen den Gewaltschutz für Frauen durchsetzen, die ihn umsetzen, die mit den Frauen tagtäglich im Austausch über ihre Gewaltsituation stehen, die Berichte und die Zahlen gehört und die Notwendigkeit erfahren hätten, welche zusätzlichen Bedarfe wir haben, statt dass wir weniger Bedarfe haben.

Der Vorwurf, der von Frau Milz im Raum stand, wir hätten in Nordrhein-Westfalen im Frauenbereich keine neue Ideen, wir würden nur an alten Konzepten festhalten – Frau Milz, auch das spricht nicht dafür, dass Sie sich inhaltlich mit den Themen beschäftigen. Wir hatten eine große Diskussion zum Thema des Runden Tisches Prostitution auch im Ausschuss, in der die Fachabteilung vorgestellt hat, wie in Nordrhein-Westfalen das Konzept aussieht und wie der Diskussionsprozess ist. Wir haben bundesweit Anfragen aus anderen Bundesländern, die die Berichte des Hauses haben wollen. Sie haben mitbekommen, wie unsere Gespräche zur Weiterentwicklung des Landesaktionsplans gegen Gewalt stattfinden. Sie waren selber mit eingeladen, Bestandteil der Erarbeitung des Aktionsplans gegen Homophobie zu sein.

Ich kann nicht verstehen, dass Sie auf der einen Seite all die partizipativen Prozesse nicht mitgehen, dass Sie nicht dabei sind, aber am Ende sagen: Da passiert nichts. – Wer nicht hinschaut, sieht auch nichts. Auch da kann ich nur sagen: Ich würde mir wünschen, wenn Sie die Diskussion wirklich im Ausschuss führen und die Fragen an der Stelle vortragen würden. Denn in Nordrhein-Westfalen geschieht viel. Sie müssen nur hinschauen, damit auch Sie es vielleicht wahrnehmen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Frau Ministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Das bleibt auch so. Dann schließe ich die Aussprache zu Einzelplan 15.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 15. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4415, den Einzelplan 15 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer möchte sich dieser Beschlussempfehlung anschließen? – Das sind die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stein, CDU und FDP. Möchte sich jemand enthalten? – Das ist nicht der Fall. Dann ist mit dem fest-

gestellten Abstimmungsergebnis der **Einzelplan 15 in zweiter Lesung angenommen.**

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zu der vorhin ausgesetzten Abstimmung über den Einzelplan 07. Der Einzelplan 07 betrifft das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport. Hier empfiehlt uns der Haushalts- und Finanzausschuss in Drucksache 16/4407, den Einzelplan 07 unverändert anzunehmen. Wer möchte sich dem anschließen? – SPD und Bündnis 90/Die Grünen. Wer stimmt dagegen? – Die Piraten, der fraktionslose Abgeordnete Stein, CDU und FDP. Wer möchte sich enthalten? – Niemand. Dann ist auch der **Einzelplan 07 mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis in zweiter Lesung angenommen.**

Ich rufe nun auf

Einzelplan 10 Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4470 hin.

Ich eröffne die Aussprache zum

Teilbereich Umwelt und Naturschutz

Herr Kollege Deppe für die CDU-Fraktion hat das Wort.

(Unruhe)

– Herr Kollege Deppe, warten Sie einen Moment, bis alle draußen sind. Dann haben Sie die Chance, in einem etwas ruhigeren Plenarsaal zu reden. Lassen Sie sich ruhig die Zeit. Wenn die Türen bitte geschlossen werden könnten, dann kann Herr Kollege Deppe beginnen.

Rainer Deppe (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Mit dem Bericht der Brundtland-Kommission „Unsere gemeinsame Zukunft“ aus dem Jahre 1987 wurde ein Begriff definiert, der heute zu Recht in keiner ordentlichen, die Zukunft beschreibenden Rede fehlt. Ich spreche vom Begriff der Nachhaltigkeit.

Seit 2010 ist der Umweltetat jedes Jahr gestiegen – von ursprünglich 744 Millionen € auf im kommenden Jahr 913 Millionen €. Alle Steigerungen sind mit neuen Schulden erkaufte und müssen von den zukünftigen Generationen bezahlt werden.

Herr Rimmel, in Ihrer Einbringungsrede haben Sie siebenmal das Wort „nachhaltig“ verwendet. Aber

wenn es um nachhaltige Haushaltspolitik gehen müsste, dann kennen Sie dieses Wort nicht mehr.

(Beifall von der CDU)

Wir setzen den Schwerpunkt in der Umweltpolitik aus Sicht der CDU noch deutlicher als im Haushalt 2013 beim Hochwasserschutz. Die Überschwemmungsgefahr ist nach wie vor die größte bekannte und bisher noch nicht gelöste Umweltbedrohung in Nordrhein-Westfalen. Aus diesem Grund beantragen wir für 2014, die Mittel für den technischen Hochwasserschutz von 30 auf 50 Millionen €, also um 20 Millionen €, zu erhöhen. Wir halten die Kürzung des Vorjahres für unverantwortlich. Diese muss wieder rückgängig gemacht werden.

(Beifall von der CDU)

Wenn Anfang Juni die Regenmassen statt an Donau und Elbe im Einzugsbereich von Main, Neckar, Mosel, Sieg, Wupper und am Rhein niedergegangen wären, würden wir hier heute eine ganz andere Debatte führen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Die Schäden, die im Süden und Osten mindestens 8 Milliarden € betragen, wären im dicht besiedelten und hoch industrialisierten Nordrhein-Westfalen um ein Vielfaches höher. Statt jetzt zügig die maroden und zu niedrigen Deiche zu sanieren, häufig auch komplett neu zu errichten, kürzen Sie die Mittel um 25 %. Sie verfügen im kommenden Jahr über fast 1 Milliarde €. Der Schutz vor Hochwasser ist Ihnen gerade mal 3,3 % wert.

Dass es nicht vorangeht, beklagen nicht nur die Deichverantwortlichen vor Ort, sondern das geben Ihre eigenen Mitarbeiter unumwunden zu. So konnten wir noch gestern von der Bezirksregierung Düsseldorf lesen, dass es keine Perspektive gibt, die Deiche am Niederrhein bis zum Beginn des nächsten Jahrzehnts auf Sicherheitsstandard zu bringen. Auf Sicherheitsstandard bringen ist in Nordrhein-Westfalen offenbar unter Ihrer Regierung vollkommen unmöglich.

Wir reden hier allein am Rhein von 100 km. Da haben wir über die Nebenflüsse und die anderen Gewässer in Nordrhein-Westfalen noch gar nicht gesprochen. Sollte es am Rhein zu Überschwemmungen oder zu Deichbrüchen kommen, meine Damen und Herren, werden Sie von SPD und Grünen, die wider besseres Wissen nicht handeln, für Milliarden Schäden verantwortlich sein. Tun Sie etwas, bevor es zu spät ist!

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Meine Damen und Herren, im Umweltbereich setzen Sie die reichhaltigen Ressourcen Ihres Geschäftsbereiches vollkommen unzulänglich ein. Bei 300 zusätzlichen Stellen kann man zu Recht mehr erwarten. Zu viele Ressourcen werden eingesetzt, um die kleinen Leute zu drangsalieren. Fragen Sie

doch einmal die Autofahrer zum Thema „Feinstaubzonen“ oder die Hausbesitzer zur Dichtheitsprüfung, die Gastwirte zur Restaurantampel und die Gäste zu Ihrem unsäglichen Rauchverbot. Diese Nebenkriegsschauplätze sind für SPD und Grüne aber genau die Schwerpunkte ihrer Politik.

Wenn es aber dann um die Großen geht, dann sind Sie ziemlich still. Dabei wäre gerade hier Ihr Handeln gefordert: wenn es darum geht, das Kerosin in Wesseling aus dem Boden zu holen, wenn die Menschen rund um den Eyller-Berg in Kamp-Lintfort vor den Auswirkungen der Sondermülldeponie geschützt werden müssen. Ihre Aufgabe wäre es, der Ruhrkohle unmissverständlich klarzumachen: Den in den Zechen eingelagerten Giftmüll kann man nicht über die Anhebung des Grundwasserspiegels nach und nach wieder in die Umwelt zurücktransportieren. Hier wäre Ihr kräftiges Zupacken angesagt.

Da, wo es darauf ankommt, meine Damen und Herren, vermissen die Menschen Ihr Zupacken. Die Schwerpunkte Ihrer Umweltpolitik müssen sich deutlich verändern.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Meesters.

Norbert Meesters (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer auf den Rängen und – wie sich das hier so gehört – im Stream! Mit dem jetzt vorliegenden Haushalt müssen und werden wir auch den Umwelt- und Naturschutz in Nordrhein-Westfalen nachhaltig – nachhaltig, Herr Deppe – voranbringen.

Natürlich werden wir dies nicht mit einem einzelnen Haushaltsplan tun können. Es geht hier vielmehr um einen langwierigen und stetigen Prozess, in dem viele Mosaiksteinchen letztlich ein ganzes, rundes Bild ergeben. Eine Vielzahl von notwendigen Maßnahmen und Projekten werden wir deshalb weiterhin vorantreiben. Auf einige möchte ich exemplarisch eingehen.

Der Umweltbericht, den Herr Minister Remmel kürzlich vorgestellt hat, bietet ein gutes Bild der aktuellen Lage. Er zeigt auf, was wir erreicht haben, aber auch, wo es noch im Argen liegt und wo wir unsere Anstrengungen intensivieren müssen.

Einer der wichtigen Punkt ist der Klimaschutz. Ich greife den nachfolgenden Rednern sicherlich nicht zu sehr voraus, wenn ich kurz auf das Klimaschutzgesetz als zentralen Baustein der Umweltpolitik der rot-grünen Landesregierung eingehe; denn mit dem Klimaschutzgesetz, das wir Anfang des Jahres verabschiedet haben, wurden klare Ziele definiert und gesetzlich verankert.

Mit der Reduzierung der Emissionen wird Nordrhein-Westfalen seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten und seiner Verantwortung gerecht werden. Das ist umso wichtiger vor dem Hintergrund der Vorfälle während der Klimaschutzkonferenz in Warschau, als die Umweltorganisationen die Konferenz verließen, weil sie den Egoismus und die Passivität der reichen Staaten kritisierten.

Wir in NRW verhalten uns in dieser Frage nicht egoistisch und passiv; wir werden unserer Verantwortung im Rahmen unserer Zuständigkeiten gerecht, und wir handeln. Der Klimawandel und seine Folgen sind eine Realität, auf die wir realistisch und mit dem notwendigen Augenmaß reagieren.

Neben dem Klimaschutz ist auch die Sicherheit unseres Wassers, speziell des Trinkwassers, ein wichtiges Thema. Wir in NRW haben eine klare Positionierung bei dem Thema „Fracking“, wo wir uns gegen die Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten unter Einsatz giftiger Chemiecocktails ausgesprochen haben. Schließlich haben die Gutachten von Land und Bund ergeben, dass die Gefahren für das Trinkwasser neben anderen Problemen nicht kalkulierbar sind. Die Fragestellung dieser Gutachten müssen vor einer abschließenden Entscheidung überzeugend abgearbeitet werden.

Wenn ich den Koalitionsvertrag im Bund lese, freue ich mich, feststellen zu können, dass diese Haltung Nordrhein-Westfalens jetzt auch auf Bundesebene angekommen ist. Für uns als SPD ist nämlich klar: Wir wollen keine riskante Technologie, deren Folgen wir nicht abschätzen können und die unser Trinkwasser gefährdet.

Da ich gerade bei dem Thema „Wasser“ bin: Auch unsere Gewässer zählen natürlich zum Lebensraum für viele Tiere. Das gilt für Lebewesen unterhalb der Wasseroberfläche wie für Lebewesen oberhalb der Wasseroberfläche. Auch hier gilt es für uns, mit Augenmaß eine gute, fundierte Politik zu machen.

Als Beispiel möchte ich hier das seit Jahren schwelende Thema „Kormoran“ nennen. Die in den letzten Jahren angewachsene Population des Kormorans wird für den Rückgang einiger Fischarten verantwortlich gemacht. Wir alle kennen die Forderungen der Fischereiverbände, endlich zu einer Regelung im Sinne der Schaffung eines ökologischen Gleichgewichts zu kommen.

Wir, SPD und Grüne, haben uns bereits im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, darauf hinzuwirken, die Verordnungen der Länder im Fischerei- und Jagdwesen besser aufeinander abzustimmen. Hierzu werden wir als Regierungskoalition auf Basis dieser Verabredungen Lösungen erarbeiten, um zu einem fachlich abgestimmten und zielgerichteten Management zu kommen.

Für uns ist nämlich klar, dass wir die verschiedenen Tier- und Pflanzenarten in unserem Land erhalten wollen. Die Artenvielfalt ist ein unverzichtbares Gut.

Herr Minister Remmel hat sie kürzlich erst als „Festplatte der Natur“ bezeichnet. Diese Festplatte wird allmählich gelöscht. Das Artensterben schreitet voran. Nach der Roten Liste sind 45 % der Arten gefährdet, vom Aussterben bedroht oder bereits ausgestorben. Trotz einzelner Erfolge, die durch gezielte Maßnahmen erreicht wurden, müssen die aufgezählten Punkte für uns Alarmsignale sein, die leider immer lauter werden. Gerade bei der Bedrohung der Artenvielfalt sind nämlich nahezu alle Faktoren, die Einfluss auf die Umwelt und damit den jeweiligen Lebensraum und die ökologische Nische haben, von Bedeutung.

Lärm, Luft- und Wasserqualität sind wesentliche Faktoren, die sich auch auf die Artenvielfalt auswirken. Auch der weiter voranschreitende Flächenverbrauch spielt dabei eine Rolle. Mit dem Entwurf für den neuen Landesentwicklungsplan ist die Landesregierung aktiv geworden und hat wichtige Pfeiler eingeschlagen, um dem weiteren Flächenverbrauch entgegenzuwirken.

Der aktuelle Umweltbericht macht zudem auf den Umstand aufmerksam, dass nur 8 % unserer Fließgewässer in einem ökologisch einwandfreien Zustand sind. Daher gilt es auch, konsequent die begonnenen Maßnahmen umzusetzen.

Die Wasserrahmenrichtlinie gibt uns dabei die Ziele vor, die wir auf Landesebene erreichen wollen. Bis spätestens 2027 sollen alle nordrhein-westfälischen Gewässer, die nach europäischen Vorgaben zu bewirtschaften sind, in einen ökologisch guten Zustand versetzt werden. Mit dem Programm „Lebendige Gewässer in Nordrhein-Westfalen“ wollen wir dieses Ziel in Zusammenarbeit mit Kommunen, Wasser- und Bodenverbänden und den sondergesetzlichen Wasserverbänden erreichen. Um die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie auf finanziell sichere Füße zu stellen, haben wir daher das Wasserentnahmementgeltgesetz im Frühjahr dieses Jahres entsprechend geändert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Wasser ist aber nicht nur Lebensraum und Lebensmittel, es ist mit allen Facetten auch ein Faktor, der unsere Landschaft bestimmt, denn vom Wasser kann in einigen Bereichen – Herr Deppe sprach es an – auch eine Gefahr ausgehen. Ein Thema, über das landesweit und gerade auch am Niederrhein – in meiner Heimatregion – diskutiert wird, ist der Hochwasserschutz; in der Tat.

Ich bin froh, dass das Land hier seit Jahren, ja seit Jahrzehnten aktiv ist – aber nicht immer so, wie es sein sollte, Herr Deppe. Das ganz große Drama, das Sie hier aufgeführt haben, ist angesichts Ihrer eigenen Verantwortlichkeit in den vergangenen Jahren völlig fehl am Platze. Mit vielen kleinen und großen Maßnahmen wie Deicherneuerung und -sanierung, Renaturierungsprojekten usw. begegnen wir dem Hochwasserrisiko. Es ist gar nicht lange her,

dass wir im Landtag über die Unterstützung der Flutopfer im Osten und im Süden der Republik diskutiert haben. Aber auch unsere eigenen, durch Hochwasser gefährdeten Gebiete wie eben am Niederrhein werden wir nicht vergessen und den Deichbau weiter intensiv fördern.

Erst kürzlich hat die Landesregierung mit der Veröffentlichung der Risiko- und Gefahrenkarten gezeigt, dass ein Hochwasserrisiko an gut 6.000 km entlang von 448 Gewässern festgestellt wurde. Jetzt haben wir die Möglichkeit, noch besser darauf zu reagieren, indem wir das noch besser einschätzen und bewerten können.

Wichtig und richtig ist auch, wir wollen die planungsrechtlichen Verfahren zur Umsetzung des Hochwasserschutzkonzeptes, das in Ihrer Zeit ein Umsetzungsdefizit von 250 Millionen € hatte, beschleunigen. Das liegt eben daran, dass Sie die staatlichen Umweltämter abgeschafft haben und die Bezirksregierung nicht mehr so sehr in der Lage war, die Planungen nachzuarbeiten. Wir wollen die notwendigen Mittel zur Umsetzung der Hochwasserschutzmaßnahmen zur Verfügung stellen.

Es gilt die ganz klare Ansage für die Region – Herr Deppe, da widerspreche ich Ihnen ganz deutlich –: Es wird keinen Deich geben, der aufgrund von Geldmangel nicht gebaut werden kann.

Der Hochwasserschutz hat höchste Priorität in unserer Politik. Das Gegenteil zu behaupten, bringt die Menschen nur in Unruhe und entspricht nicht den Tatsachen des vorliegenden Haushaltes.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Abschließend möchte ich noch auf das Kreislaufwirtschaftsgesetz zu sprechen kommen. Das Umweltministerium hat hierzu Anfang Oktober die Eckpunkte für den neuen Abfallwirtschaftsplan vorgelegt. Das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel eines ökologischen Abfallwirtschaftsplanes wird entsprechend festgehalten.

Kernpunkt ist entsprechend der neuen EU-Abfallrahmenrichtlinie die regionale Entsorgungsaufteilung. Künftig sollen in NRW Entsorgungsregionen geschaffen werden, innerhalb derer die Kommunen Wahlfreiheit haben, wo sie die Restabfälle entsorgen. Mit dieser geplanten Regelung soll der vielfach kritisierte Mülltourismus verhindert werden.

Zudem wollen wir die Potenziale des Bioabfalls durch bessere Erfassung und Verwertung stärker ausschöpfen.

Diesen Abfallwirtschaftsplan werden wir im nächsten Jahr umfassend im Dialog mit den betroffenen Verbänden, Kommunen und privaten Unternehmen diskutieren, um im Herbst zu einer endgültigen Beschlussfassung zu kommen. Die SPD-Fraktion hat in dieser Woche mit einem sehr gut besuchten Werkstattgespräch zum Abfallwirtschaftsplan einen ersten Aufschlag gemacht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Überblick über die zentralen Themen der Umweltpolitik möchte ich noch einmal deutlich machen, worum es geht – um unseren eigenen Lebensraum. Mit dem jetzt beratenen Haushalt schreiten wir voran. Die vielen verschiedenen Facetten der Umweltpolitik mögen manchem den Blick trüben, getreu dem Motto, man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht. Wir Umweltpolitiker halten die Augen offen und werden konsequent einen ökonomisch verantwortlichen und ökologisch notwendigen Weg gehen. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf und die vorgesehenen Finanzierungsansätze werden dazu maßgeblich beitragen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Punkt möchte auch ich gerne voranstellen: Der Umweltschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die es gilt, verantwortungsbewusst wahrzunehmen. Herr Meesters, Sie sagten gerade, es gehe um unseren Lebensraum, für den wir eine Verantwortung haben. Unter dem Gesichtspunkt der Generationengerechtigkeit geht es aber auch um den Lebensraum für diejenigen, die nach uns kommen.

(Beifall von der FDP)

Das ist aber – das wird Sie jetzt nicht so sehr verwundern – so ziemlich die einzige Gemeinsamkeit, die ich in Ihrer Rede gerade habe feststellen können.

Herr Minister Rimmel, Sie haben sich viel vorgenommen. Aber seit 2010 – das müssen wir hier festhalten – ist wenig Substantielles passiert. Sie haben viele Ankündigungen gemacht, aber diesen Ankündigungen sind wenig bis gar keine Taten gefolgt. Sie verzetteln sich detailverliebt im Klein-Klein. Sie absolvieren die Kür vor der Pflicht. Das ist mittlerweile schon so etwas wie die Richtschnur Ihres Ministerhandelns geworden.

Das zeigen der Nachtragshaushalt 2013 und auch der Haushaltsplan 2014 sehr deutlich. Nicht abgerufene Haushaltsreste werden genutzt, um für das Ministerium Pedelecs anzuschaffen, weil sie laut Vorlage einen positiven Imagegewinn zur Folge haben könnten und auch gut für die Klimaschutzziele sein könnten. Da werden für ein 100-Kantinen-Programm 100.000 € pro Jahr zur Verfügung gestellt zur Stärkung der Regionalvermarktung und der artgerechten Tierhaltung. Das soll durch Beratung der Kantinen, wie sie besser regionaler einkaufen können, funktionieren.

Verstehen Sie mich nicht falsch: Ich persönlich begrüße es sehr, wenn sowohl der einzelne Verbraucher wie auch die Kantinen sich auf regionale Lebensmittel fokussieren. Ich frage mich aber bei der aktuellen Haushaltslage, ob das wirklich Aufgaben des Landes sind, die wahrgenommen werden müssen, wie Kantinen ihre Lebensmittel einkaufen. Ich glaube nicht.

(Beifall von der FDP)

Die Kür kommt bei Ihnen vor der Pflicht. Dabei gibt der Koalitionsvertrag einige große Themen vor, bei denen es um alle Menschen in unserem Land geht, die alle Menschen betreffen. So der Masterplan Umwelt und Gesundheit NRW. Was ist damit? – Bislang Fehlanzeige. Masterplan Wasser: In Ihrer Zeit als Oppositionsabgeordneter haben Sie den damaligen Umweltminister Uhlenberg massiv attackiert und jederzeit und stets mehr Tempo eingefordert. Seit 2010 haben Sie den Masterplan angekündigt, geliefert haben Sie bislang nichts. Dann sagen Sie, das sei ein Prozess, und versuchen, sich entsprechend zu rechtfertigen, Sie befänden sich dazu noch in Gesprächen. Irgendwann muss aber doch auch einmal ein Ergebnis vorgelegt werden.

Dass ich das als Oppositionsabgeordneter verlange oder anmahne, das mag hier niemanden überraschen. Aber auch die Umweltverbände mahnen das an und sind mehr und mehr ungehalten, weil kein Fortkommen zu erkennen ist.

Herr Kollege Meesters, Sie haben gerade den Umweltbericht 2013 angesprochen. Sie haben gesagt, er gebe ja ein gutes Bild wieder. – Ich glaube, wir müssen festhalten: Er gibt ein gutes Bild über die schlechte Lage. Der WDR, Herr Minister Rimmel, hat Ihnen im Zusammenhang mit diesem Umweltbericht eine – ich zitiere – miese Umweltbilanz bescheinigt. In dem Bericht macht Josef Tumbrinck vom Naturschutzbund – NABU – deutlich, dass Sie ganz persönlich mehr gefordert sind. Da geht es zum Beispiel völlig berechtigt um Sorgen beim Artenschutz. Gerade ist schon angeklungen, dass in NRW bereits 9 % der Tiere ausgestorben sind. Weitere 1.500 Arten sind aktuell bedroht. Das ist fast jede zweite Art. Ich meine, da müssen Sie ran, da befinden Sie sich in der Verantwortung. Herr Tumbrinck hat es im WDR wie folgt formuliert:

Er – gemeint ist Minister Rimmel – hat den Schlüssel dazu in der Hand. Er hat sich selbst unter Druck gesetzt.

Treffender kann man das nicht sagen.

In diesem Zusammenhang müssen Sie sich auch folgende Fragen gefallen lassen: Was ist denn mit der Strategie zur Biodiversität? Was ist denn mit einem ganzheitlichen Ansatz zum Artenschutz? Was ist denn mit den Lärmkarten gewesen, die so sehr verspätet vorgelegt worden sind? Was ist mit so Fällen – der Kollege Deppe hat es eben angespro-

chen – wie dem Eyler Berg? Was ist mit dem Giftmüll bei der RAG?

Statt sich um die Pflichtaufgaben zu kümmern, verordnen Sie Hausbesitzern lieber eine Dichtheitsprüfung, über die wir hier lange diskutiert haben. Liebend gerne kümmern Sie sich um große Einzel- und Leuchtturmprojekte wie Nationalparks. Ich meine, da sind Ihre Prioritäten falsch gesetzt. Das ist eben die Kür vor der Pflicht.

Seit 2010 kündigen Sie zum Beispiel auch regelmäßig die Novelle des Jagdgesetzes an. Sie wollen es, wie Sie immer sagen, ökologisch gestalten. Abgesehen davon, dass ich aktuell nichts Unökologisches am Jagdgesetz erkenne, liegt uns bis heute noch nichts vor. Es bleibt bei Ankündigungen.

Dann kümmern Sie sich um so Themen wie die Abfallwirtschaft. Herr Meesters, Sie haben das gerade angesprochen, darum will ich gerne darauf eingehen. Es ist uns doch allen klar, dass wir in diesem Bereich Überkapazitäten haben. Durch Ihre Planwirtschaft in diesem Bereich dämmen Sie doch nicht den Mülltourismus ein, sondern Sie verlängern eigentlich nur die Existenz von Überkapazitäten, halten diese künstlich am Leben.

Das wird dazu führen, dass durch Ihre Regierungspolitik im Portemonnaie der Menschen vor Ort mal wieder Geld fehlt, weil weniger Wettbewerb natürlich zu höheren Müllgebühren führen wird. Kümmern Sie sich doch bitte um die wichtigen Dinge! Lassen Sie das Geld der Bürger doch da, wo es ist.

(Beifall von der FDP)

Ihr Handeln hat mit einer nachhaltigen und durchdachten Umweltpolitik leider wenig zu tun. Wir meinen, an zu vielen Stellen verzetteln Sie sich. Sie machen die Kür vor der Pflicht, und darunter leiden die Pflichtfachbereiche, bei denen es eigentlich genug zu tun gäbe.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Kollege Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ja, Herr Deppe, das war ein bemerkenswerter Einstieg in die Nachhaltigkeitspolitik, vor allen Dingen eine sehr begrenzte und verengte Definition des Nachhaltigkeitsbegriffs. Denn wenn Sie sich schon auf die Brundtland-Kommission beziehen, dann ist es zumindest in meiner Wahrnehmung und nach meiner Kenntnis der Definition so, dass sich die Brundtland-Kommission zum Ziel gesetzt hatte, unser heutiges Handeln so auszurichten, dass die Chancen der nachfolgenden Generationen nicht infrage gestellt werden. Das, was Sie hier dargeboten haben, stellt

an vielen Stellen die Chancen der nachfolgenden Generationen massiv infrage.

(Zuruf von Henning Höne [FDP])

– Werter Herr Kollege Höne, ich komme ja noch zu Ihnen, keine Panik. Ich finde, vieles von Ihrer Kritik – Kritik in der Haushaltsdebatte zu üben gehört natürlich zu Ihrer Rolle als Opposition – wäre glaubwürdiger, wenn Sie es fertiggebracht hätten, auch nur einen einzigen Antrag im Haushaltsausschuss zu stellen oder hier zu präsentieren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Seit ich Mitglied dieses Landtags bin, seit 2010, werden Sie, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, nicht müde, deutlichere Einsparbemühungen von der Landesregierung zu fordern, und zwar nicht zuletzt im Umweltetat und dort ohne inhaltlich erkennbare strategische Zielrichtungen.

Nachdem Umweltminister Johannes Rommel im Umweltausschuss detailliert die strategische Zielrichtung unseres Einzelplans dargelegt hat, erlauben Sie mir einige grundlegende Bemerkungen zur Finanzierung der Umweltpolitik:

Die CDU hat in Ihrem aktuellen sogenannten Sanierungskonzept globale Kürzungen im Umweltressort von 51,5 Millionen € in 2014 vorgeschlagen. Wir reden bei diesem Etat übrigens von lediglich 1,5 % des Gesamthaushalts, und die CDU von 51,5 Millionen € Pauschalkürzungen.

Der vielleicht bedeutendste deutsche Ökonom des 20. Jahrhunderts und einer der Väter unserer sozialen Marktwirtschaft, Walter Eucken, hat sehr früh und sehr klar die ordnungspolitischen Aufgaben benannt, die der Staat in seiner Rahmensetzung für eine Wettbewerbsordnung zu erfüllen hat.

Eucken beklagt, die einzelnen Wirtschaftsakteure kalkulierten in ihren individuellen Kostenrechnungen nicht die gesamtwirtschaftlichen Kosten von durch sie verursachten Umweltschäden mit ein.

Besser also, als eingetretene Kosten der Umweltzerstörung nachträglich zu internalisieren, ist es, einen klaren Ordnungsrahmen zu setzen, der Umweltschäden vermeidet und der für alle Akteure gleichermaßen gilt. Das ist ein Prinzip, das ich gerne nachhaltige Ordnungspolitik nennen möchte. Sie verlangt, werter Herr Kollege Deppe, keinen haushalterisch zurechtgefügten Nachtwächterstaat, der sich mit unverbindlichen Absichtserklärungen und Symbolpolitik zufriedengibt, sondern einen starken Staat, der auch in der Umweltpolitik Regeln definiert, durchsetzt und auch zu kontrollieren im Stande ist.

Sie haben hier Wesseling zum zweiten, dritten oder vierten Male zu Recht angesprochen. Ja, genau da muss der Staat in der Lage sein, zu reagieren. Wenn Sie den Etat vorher zusammengestrichen

und zusammengekürzt haben, ist das ein handlungsunfähiger Nachtwächterstaat.

Solch einen Staat, wie ich ihn eben beschrieben habe, schreibt übrigens nicht die Wirtschaftsordnung vor, sondern er schreibt die Ordnung in der Wirtschaft vor.

Daher werden wir im Jahr 2014 beispielsweise bei der Abfallwirtschaftsplanung, die der Kollege Meesters hier richtigerweise angesprochen hat, mit unserem Ziel der Kreislaufwirtschaft die regionale Entsorgungsautarkie stärken, indem wir klare ökologische Kriterien und Anreize zur Vermeidung und zum Recycling formulieren. Darum werden wir auch die Umweltüberwachung nicht abbauen, wie es CDU und FDP getan haben und offenbar wieder planen, sondern weiter stärken, indem wir die Umsetzung des Umweltinspektionserlasses begleiten, eine risikobasierte Prioritätensetzung verfolgen und dabei besonders auf die Qualifizierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern achten.

Wussten Sie eigentlich, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU und vor allem auch werter Kollege Höne, dass Walter Eucken bereits 1949 die ordnungspolitische Vermeidung von „gesundheitlichen Schäden“ durch unsere Wirtschaftstätigkeit anmahnte? – Darum haben wir heute auch Immissionsgrenzwerte vorgesehen. Daher werden wir in diesem Einzelplan auch eine Minderungsstrategie formulieren, mit der die europaweit vorgegebenen Grenzwerte bei Stickoxiden durch verursacherbezogene Maßnahmen eingehalten werden. Und das, lieber Kollege Höne, ist Teil unseres Programms „Umwelt und Gesundheit“.

Meine Damen und Herren, wir sind langsam dazu gezwungen, immer mehr Mittel für die Reparatur von Umweltschäden aufzuwenden. So werden wir gemäß dem vorgelegten Einzelplan rund 30 Millionen € für den Hochwasserschutz aufwenden und zudem weitere Bebauung in Überschwemmungsgebieten vermeiden. Die ökonomischen, sozialen und politischen Kosten, die Freiheitsverluste am Ende, die uns eine jäh abgestoppte Energiewende auf Bundesebene aufbürden würde, sind kaum noch abzuschätzen.

Darum reicht es eben nicht mehr aus, nur Sparorgien zu verlangen. Es reicht nicht mehr aus, sich mit Traditionen wie der der Ordoliberalen zu schmücken. Nein, wir müssen sie wieder ernst nehmen, und das nicht nur in der Umweltpolitik. Wir sehen dafür im Einzelplan eine gute Grundlage und werden ihm deswegen zustimmen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Für die Fraktion der Piraten spricht Herr Kollege Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Vielen Dank – Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer auf der Tribüne und auch draußen im Stream! Die Lage im Land, was Umwelt und Natur angeht, ist weiterhin kritisch und weit von einer durchgreifenden Verbesserung entfernt. Das zeigt für einen Teilbereich schon der letzte Waldzustandsbericht des Umweltministeriums aus dem Jahr 2012. Die Situation in den nordrhein-westfälischen Wäldern ist nach wie vor schlecht.

Der aktuelle Umweltbericht zeigt kein besseres Gesamtbild. Das Bild ist traurig, und Besserung ist nicht in Sicht. Arten sind bedroht, Habitate gehen verloren, der Druck durch ungebremsten Flächenverbrauch nimmt zu. Wir finden großflächige und weiter akkumulierende Schadstoffbelastungen durch Kohlekraftwerke, ebenso großflächige und zunehmende Monokulturen, Industrialisierung der Landwirtschaft, Belastungen durch Dünger und Pestizide sowie eine zusätzliche Überdüngung durch Stickoxide aus dem Verkehr.

Die Situation wird nicht dadurch besser, dass Nordrhein-Westfalen da kein Alleinstellungsmerkmal hat. BirdLife International hat im letzten Jahr festgestellt, dass die Bestände der Vögel offener Fluren in Europa seit den 1980er-Jahren um 80 % zurückgegangen sind. Bei vielen Insekten sieht es ähnlich aus. Gerade gestern meldete BirdLife International, dass die Anzahl der vom Aussterben bedrohten Vogelarten in der Roten Liste 2013 weltweit so hoch ist wie noch nie.

Man muss bedenken, dass diese Arten nur Indikatoren für komplette Habitate und ganze Ökosysteme sind. Die Biodiversität hat schon stark abgenommen. Man spricht von einem Massenaussterben, das so schnell geschieht, wie man es sonst nur von geologischen Großereignissen kennt. Aber es ist nur das Anthropozän, das ziemlich mies anfängt. Wir stehen ernsthaft in der Verantwortung, unser Scherflein zu einer eindeutigen Verbesserung im Lande beizutragen.

Die vorhandenen Schäden sind Ergebnisse von im menschlichen Maßstab langen Fehlentwicklungen über mehrere Generationen. So darf man keine schnelle Besserung, etwa in Jahresfrist, erwarten. Im aktuellen Umweltbericht gibt es keine nennenswerten Verbesserungen, obwohl er sich auf einen mittelfristigen, mehrjährigen Zeitraum bezieht. Die Erkenntnis ist also, dass die bisherigen Anstrengungen, die wir durchaus anerkennen, bei Weitem nicht ausreichen. Das wiederum kann nur eine Konsequenz haben: Der Einsatz muss massiv verbessert werden.

Es geht beim Umweltschutz aber nicht nur um Natur, sondern auch um den Menschen. Umweltschutz kostet nichts, wenn man sich die Behandlung von Krankheiten sparen kann, die durch unsere Wirtschaftsweise und den rücksichtslosen Umgang mit

der Biosphäre als großem Müllablageplatz entstehen.

Wir sehen in allen Bereichen immer nur ein Erkennen der Probleme und ein zu zaghaftes Angreifen. Wir vermissen ein wirklich stringentes Gesamtkonzept in Nordrhein-Westfalen. Der Landesentwicklungsplan wird zu einer kräftigen Hebelstange werden müssen, um einen Teil der Gesamtproblematik angehen zu können. Das zarte Kleinkind Klimaschutzgesetz muss kräftig gemästet werden. Forstgesetz, neues Jagdgesetz – das alles ist viel Kleinklein, aber insgesamt ist alles noch zu wenig und geht nicht wirklich Hand in Hand.

Wir wissen natürlich auch, dass Berlin und Brüssel nicht immer hilfreich agieren. Es liegt eben nicht nur an Nordrhein-Westfalen allein. Wir hegen auch große Befürchtungen mit Blick auf die geplanten Freihandelsabsprachen, die schlimmer als alles sind, was es bisher in diesem Bereich gab, zum Beispiel TTIP. Das wird ein schäbiger Wettlauf hin zu den schlechtestmöglichen Standards, ein schleichender multinationaler neokonservativer Staatsstreich.

(Zurufe von der FDP: Oh! Ach Gott!)

Wenn das kommt, hat das auch auf Umwelt und Natur Auswirkungen, die nur noch als Ökozid bezeichnet werden können.

(Henning Höne [FDP]: Das tut ja weh!)

– Ja, Herr Höne, das tut weh. – Fast unglaublich ist, dass der langsame Koloss EU schon reagiert und ein Vertragsverletzungsverfahren wegen der Zustände im Vogelschutzgebiet Hellwegbörde eingeleitet hat. Will sich eine rot-grüne Regierung wirklich nachsagen lassen, so langsam und schlecht zu agieren, dass es sogar der Europäischen Kommission auffällt?

Wir erwarten von der Landesregierung deutlich mehr, als sie bisher geleistet hat. Wir erwarten deutliche Besserung nicht nur in der Hellwegbörde. Wir erwarten klare Ansätze und Ansagen zu Themen wie „Suffizienz – oder weiter so?“ „Weiter mit dem fortgesetzten bedingungslosen Primat einer degenerativen Wirtschaftsweise“ oder „konsequenter ökosozialer Umbau“?

Wir können nach vier Jahren Rot-Grün kein besseres Zeugnis ausstellen als: Sie haben sich manchmal bemüht, ohne den Rahmen ihrer Möglichkeiten auszuschöpfen oder zu erweitern. – Sie müssen aber Ihre Möglichkeiten ausschöpfen, ausbauen, ausnutzen. Besser gesagt: Wir alle müssen unsere Möglichkeiten ausbauen, ausnutzen und Fakten schaffen, die wirklich etwas verschlagen. Dabei werden wir in Zukunft mehr brauchen, als die 1,5 %, die jetzt im Landeshaushalt vorgesehen sind, denn das alles gibt es nicht zum Nulltarif.

Ich wünsche uns, dass die nächsten Reden bereits im Laufe des folgenden Jahres von mehr Optimismus geprägt sein können und dass das Zeugnis für

die Landesregierung am Ende der Legislaturperiode besser ausfallen kann. Wir können uns ein „Weiter so“ nicht leisten. – Danke.

(Beifall von den PIRATEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Mit Remmel geht es dem Wald schlechter!)

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Hovenjürgen, das ist genau das Problem – Sie haben es gerade versucht zu verkürzen –, dass Sie von CDU und FDP in der Umweltpolitik wiederum mit Ihren Reden gezeigt haben, dass es Ihnen um kurzfristige populistische Argumentationen und um Verkürzung geht, aber nicht um Orientierung und Problemlösung entlang der vorhandenen Probleme.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wir haben uns an Ihnen ein Beispiel genommen! – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Ich bin Herrn Rohwedder dankbar, dass er zumindest den Versuch unternommen hat, die Problemlagen zu beschreiben und einen strategischen Ansatz zu formulieren. Darüber kann man diskutieren. Bei Ihnen fällt es aber schwer, überhaupt zu argumentieren, weil Sie keine Orientierung haben und weil Ihnen der Kompass fehlt. Sie springen zwischen Problemen vor Ort sowie großen Linien, aber eine wirkliche Grundorientierung habe ich Ihren Reden nicht entnehmen können.

Deshalb gestatten Sie mir, an dieser Stelle zu kritisieren, dass Sie den Umweltbericht dazu nutzen, kurzfristig eine Bilanz über Politik der Landesregierung oder der Regierungsfractionen zu machen. Das wird dem Bericht und dem Instrument in keiner Weise gerecht. Sie diskreditieren damit dieses Instrument.

Auch in der Zeit der Vorgängerregierung hat es einen Umweltbericht gegeben. Umweltberichte haben es an sich, dass sie einen langen Zeitraum beschreiben. Wir brauchen dieses Instrument, um uns zu orientieren: Wo stehen wir zurzeit? Wohin wollen wir in Zukunft? Wohin richten wir unseren Kompass aus?

Das ist kein Spiegel der jeweiligen Regierungspolitik; das kann es auch gar nicht sein. Denn Entwicklungen in den wichtigen Umweltmedien Boden, Wasser und Luft sowie beim Ressourcen- und Naturschutz sind auf lange Sicht zu sehen und zu beschreiben. Deshalb muss man das entsprechend einordnen.

Wie sieht unser Kompass aus? Er ist beim Natur- und Umweltschutz klar orientiert: Schützen und Schutz sowie Nutz und Nützen. Das sind die beiden Grundpfeiler. Unsere Schutzgüter für Mensch und Umwelt sind zu schützen: die Luft zum Atmen, das Wasser zum Trinken, der Boden, damit er noch lange und nachhaltig fruchtbar bleibt sowie natürlich die Artenvielfalt, die letztlich unsere Lebensgrundlage darstellt.

Zu Ende gehende Ressourcen zu schützen, um sie auch noch den nachfolgenden Generationen zu überlassen, ist Sinn und Zweck einer umfassenden Entwicklung von einer reinen Abfallpolitik zu einer umfassenden und standortorientierten Ressourcenwirtschaft.

Dazu gehört, auch den Nutzen und zu sehen, worin wirtschaftliche Chancen für unser Land enthalten sind. – In Wasserwirtschaft steckt auch Wirtschaft. In Abfallwirtschaft steckt Wirtschaft. In Landwirtschaft steckt Wirtschaft. In Forstwirtschaft steckt Wirtschaft. Deshalb sind wir für ehrgeizige Standards, die langfristige Investitionssicherheit garantieren. Deshalb wird die Auseinandersetzung um solche ambitionierten Standards in der Umweltpolitik geführt. Gleichzeitig wollen wir damit Anreize und Normen setzen, um mit den besten Technologien und Techniken unseren Standort zu stärken, natürlich die Umwelt zu schützen, aber gleichzeitig auch ein Angebot in einem wachsenden Markt zu unterbreiten. Das kam in Ihren Reden überhaupt nicht vor.

Umweltwirtschaft ist mittlerweile eine große Branche in Nordrhein-Westfalen. Über 240.000 Menschen arbeiten in der Umweltwirtschaft. Über diese Branche sagen alle Expertinnen und Experten, hier sei noch viel Luft nach oben. In zehn Jahren werden in diesem Bereich weltweit mehr Menschen beschäftigt sein als im Automobilbau und in der chemischen Industrie. Deshalb lohnt es sich, strategisch zu überlegen, an welcher Stelle es zukünftig Bedarf geben wird und wo Normen gesetzt werden müssen.

(Zuruf von der CDU)

Es geht beispielsweise darum, künftig Mikroschadstoffe aus dem Gewässer herauszuhalten, um unser Trinkwasser zu schützen. Wir aus Nordrhein-Westfalen bieten mit unserer Politik die Grundlage dafür, dass es neue Technologien zur Abwasserreinigung gibt und zusätzliche Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen dadurch auf den Weg kommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir reden über Quecksilber in unseren Kraftwerken und Industrieanlagen und sagen, es gibt in unserer Umwelt zu viel Quecksilber. Wir in Nordrhein-Westfalen haben Technologien entwickelt, die weltweit zum Einsatz kommen können. Deshalb brauchen wir strengere Normen, um diese Technologien voranzubringen.

Sie verkennen den Grundansatz unserer Politik. Wir wollen Umweltpolitik als Mitmachpolitik organisieren. Entlang eines Kompasses „schützen und nützen“ geht es in der Tat um Strategieentwicklung. Die Biodiversitätsstrategie und der Masterplan „Umwelt und Gesundheit“ sind angesprochen worden. Gleiches gilt für den Masterplan „Wasser“.

Dieses Vorhaben braucht Zeit und wird mit den Menschen, den Initiativen, den gesellschaftlichen Gruppen und der Wirtschaft gemeinsam entwickelt. Langfristig soll es dort Orientierung bieten, wo sie keinen Kompass haben. Das bedeutet aber doch nicht, dass wir in der Tagespolitik nicht erfolgreich wären und nicht schon erfolgreich sind.

Von Ihnen kommt kein Wort zu unserem erfolgreichen Management der Hochwasserrahmenrichtlinie. Es kam von Ihnen kein Wort dazu, dass wir das erreicht haben, was Sie nur als Ziel formuliert haben, nämlich 80 Millionen € jährlich für die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie einzusetzen. Das ist die wichtigste Aufgabe. Das sind die Lebensadern unserer Artenvielfalt und Biodiversität.

(Zuruf von der CDU: Mein Gott!)

– Sie hätten einmal ein Wort dazu verlieren können, wie wir es gemeinsam auf den Weg bringen.

(Zuruf von der CDU)

Kein Wort kam von Ihnen dazu, dass wir es geschafft haben, endlich einen Zeitplan zum Trinkwasserschutz an der Ruhr auf den Weg zu bringen. Wir setzen damit eine Tagespolitik um, die an diesen langfristigen Zielen orientiert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben noch viel vor. Wir haben einiges schon erreicht. Durch die gemeinsamen Anstrengungen mit anderen Bundesländern ist es uns gelungen, im Rahmen der Umsetzung der europäischen Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen gerade im Hinblick auf die Artenvielfalt in der Fläche einen wesentlichen Schritt nach vorne zu gehen. Hier werden die Entscheidungen darüber getroffen, ob Artenvielfalt zukünftig integriert in der Fläche stattfinden kann. Die Voraussetzungen dafür, um innerhalb der nächsten sieben Jahre zu Fortschritten zu kommen, sind vorhanden.

Wir haben aber noch viel zu tun. Ich hatte gestern ein Gespräch in Brüssel. Es werden neue Anforderungen der Luftreinhaltung auf uns zukommen. Die Kommission plant weitere Richtlinien. Wir sind in Nordrhein-Westfalen beim Thema Feinstaub gut unterwegs. Wir sind nicht gut in der Frage der Stickoxide und des Stickstoffs unterwegs. Wir können uns alleine die Hacken ablaufen. Wir brauchen auch entsprechende Rahmensetzungen auf Bundesebene und EU-Ebene. Dazu bitte ich Sie um Unterstützung. Das ist ein vor uns liegendes Thema.

Hinzu kommt natürlich die Frage, wie wir mit unseren Ressourcen umgehen. Deshalb wird demnächst

die notwendige Debatte über den Abfallwirtschaftsplan in Nordrhein-Westfalen geführt.

Insgesamt bietet der Haushalt die Grundlagen und die Voraussetzungen für „Schützen und Nützen“. Wir werden an der Politik festhalten, einerseits kurzfristig die Tagespolitik zu erledigen – wir haben sehr viele Erfolge hierbei vorzuweisen –, andererseits aber auch mit den Menschen zusammen langfristige Strategien zu entwickeln, um unsere wichtigen Umweltgüter dauerhaft und nachhaltig zu sichern. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Deppe noch einmal das Wort.

Rainer Deppe (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich wollte im zweiten Teil ursprünglich stärker über das Thema Naturschutz reden. Ich will aber ein paar Punkte aufgreifen, die Sie in der Debatte angesprochen haben.

Herr Kollege Markert, die Definition zum Thema Nachhaltigkeit aus dem Grundlagenbericht lautet: Eine dauerhafte Entwicklung ist eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können.

Ich glaube, auf diese Definition können wir uns alle verständigen. Aber dann muss das bitte für den gesamten Bereich und damit auch für die Finanzen gelten.

(Beifall von der CDU – Norwich Rüße [GRÜNE]: Nicht nur, sondern auch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich teile nicht die pauschale Kritik am Umweltbericht, die teilweise auch in den Medien zu lesen war. Ich muss sagen, Herr Rimmel, da haben Sie ein aus meiner Sicht durchaus fundiertes Werk vorgelegt, in dem Sie die Umweltsituation in Nordrhein-Westfalen beschreiben.

Die Reaktion in den Medien, die Kritik der Verbände – der NABU wurde eben zitiert – haben aber einen Grund: Sie haben eine Tonalität an den Tag gelegt, die die Erfolge der Umweltpolitik in Nordrhein-Westfalen negiert und schlechtredet. Dann müssen Sie sich nicht wundern, wenn die Erwartungen, die Sie geweckt haben, nicht erfüllt werden können, die Leute enttäuscht sind und Sie solche Kommentare bekommen wie vom WDR.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Was hat sich denn zum Beispiel verbessert? Nur aus Ihrem Bericht: Die Stickstoffkonzentration hat sich deutlich verbessert. Der Schwermetalleintrag auf ländlichen Flächen hat sich deutlich verringert.

Der Anteil der Naturschutzflächen in Nordrhein-Westfalen ist gewachsen. Der Laubbaumanteil in den Wäldern ist gewachsen. Der Säureeintrag im Wald ist weniger geworden. Das sind alles Dinge, die Sie nicht erwähnen.

Stattdessen lautet die Überschrift Ihrer Pressemitteilung: „Wir sind dabei, die Festplatte unserer Natur zu löschen.“ Wissen Sie eigentlich, was es heißt, eine Festplatte zu löschen?

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Ja!)

Wohl jeder hat das schon mal mitbekommen: Dann ist mit einem Schlag alles weg!

(Zuruf von den PIRATEN: Nein!)

Das ist hier ein total falsches Bild. Sie benutzen es aber immer wieder, weil Sie genau diesen Effekt erreichen wollen: Sie wollen den Leuten Angst machen. Sie wollen nicht auf die Erfolge hinweisen. Sie wollen eine Apokalypse beschreiben, die es überhaupt nicht gibt.

(Beifall von der CDU)

Ihr Bericht zur Umweltwirtschaft – wunderbar, zwei Seiten ausführlich zur Umweltwirtschaft! Nur: keine einzige Maßnahme! Den „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“, den wir begonnen hatten, haben Sie eingestellt. Es gibt dazu überhaupt keinen Vorschlag. Sie beschreiben, wie toll und wichtig die Umweltwirtschaft ist, aber tun nichts. Daher ist es vollkommen falsch, wie Sie sich hierhin stellen.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Umweltpolitik, Naturschutzpolitik – ich will darauf noch kurz eingehen – macht man mit den Menschen zusammen. Sie müssen die Menschen begeistern; Sie müssen sie mitnehmen. Deshalb ist es ein Riesenfehler gewesen, dass Sie den von uns in den Jahren von 2005 bis 2010 erfolgreich durchgeführten Kooperationsansatz „Mensch, Natur, Heimat – Partnerschaften für natürliche Lebensvielfalt vor Ort“ eingestellt haben. Dadurch hatten wir seinerzeit hohe Akzeptanz für Umwelt- und Naturschutzmaßnahmen.

Ich bin stolz, dass in meinem Wahlkreis der erste Fluss in Nordrhein-Westfalen liegt, der komplett durchgängig ist: die Dhünn. Da haben Sie Akzeptanz in der Bevölkerung. Aber wenn Sie ihr ständig nur als Verordnungsgeber, als Kontrolleur, als Büttel erscheinen, dann werden Sie die Menschen gegen sich aufbringen. Sie haben es ja leider oft genug getan.

(Beifall von der CDU)

Wir sind heute in der Naturschutzpolitik meiner Meinung nach weiter zurück als vor drei Jahren. Das ist Ausdruck einer falschen Naturschutzstrategie. Sie bringen die Menschen gegeneinander auf. Wir haben versucht, sie zusammenzuführen und ihnen auch die Erfolge zu zeigen. Die Menschen freuen

sich, wenn der Weißstorch wieder hier ist, wenn sich der Uhu wieder öfter zeigt, wenn wir hier Biber haben, wenn Greifvogelarten hier wieder heimisch sind. Das steht auch in Ihrem Umweltbericht, aber in der Pressemitteilung steht natürlich etwas anderes.

Hören Sie auf mit diesem Alarmismus. Reden Sie mit den Leuten realistisch. Versuchen Sie, sie zu gewinnen. Konzentrieren wir uns auf die Lebensräume und die Arten, für die Nordrhein-Westfalen national wie international eine besondere Verantwortung hat. Ich will sie nennen: Es sind die Buchenwälder, es sind die Erlenbruchwälder, es sind die Schwermetallrasen – auch das sind wichtige und wertvolle Biotope. Bei den Tieren sind beispielhaft der Rotmilan, der Steinkauz und der Lachs zu nennen.

Man muss die Menschen für den Naturschutz gewinnen und sie nicht gegeneinander aufbringen. Das ist unsere Strategie. Da unterscheiden wir uns deutlich von Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter Deppe, zunächst vielen Dank für Ihre Rede. Würden Sie bitte am Rednerpult bleiben? Der Kollege Markert hat sich zu einer Kurzintervention gemeldet.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Herzlichen Dank, Herr Präsident. – Lieber Kollege Deppe, ich finde es sehr bemerkenswert und im Ergebnis sehr positiv, dass Sie den Begriff der Nachhaltigkeit an den Beginn Ihrer Rede gestellt haben. Sie hatten vorhin zunächst den Eindruck erweckt, als wollten Sie ihn sehr stark auf die finanzielle Nachhaltigkeit einengen. Sie haben aber eben eine Definition gebracht und das auch zugestanden, dass wir den Nachhaltigkeitsbegriff eben wesentlich weiter fassen müssen, soziale, ökologische und ökonomische Elemente gleichermaßen gewichten wollen.

Umso mehr wundert es uns, konkret mich, dass Sie einen sehr großen Teil Ihres CDU-Sanierungskonzeptes, das Sie vorgelegt haben, also Ihre Einsparvorschläge, überproportional im Umweltbereich erbringen wollen, wo es um viele Zukunftsfragen geht, aber immer dann, wenn Sie in der Rede konkret werden, Dinge fordern, die wahrscheinlich noch wesentlich mehr Personal und wesentlich mehr Aufsicht erfordern würden.

(Ilka von Boeselager [CDU]: Frage!)

– Ich brauche keine Frage zu stellen, weil das eine Zwischenintervention ist, geschätzte Kollegin.

Vielleicht können Sie uns diese Quadratur des Kreises erläutern, Herr Deppe, wie Sie mit immer weniger Geld immer mehr Aufgaben definieren wollen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Markert. – Herr Kollege Deppe, bitte schön.

Rainer Deppe (CDU): Lieber Herr Markert, wir haben Kürzungsanträge gestellt, wir haben auch Erweiterungsanträge gestellt. Wenn Sie sich mit den Anträgen auseinandergesetzt und nicht einfach alle pauschal abgelehnt hätten, wüssten Sie das auch.

Wir haben drei Schwerpunkte gesetzt.

Einen habe ich vorhin erwähnt, nämlich den Hochwasserschutz. Da sehe ich die Lage doch als wesentlich dramatischer an, als der Minister sie eben beschrieben hat. Die Äußerungen aus den Bezirksregierungen liegen vor. Die Leute sagen: Wir können das nicht, wir schaffen das nicht bis 2020.

(Zuruf von der SPD: Das haben Sie doch verschuldet!)

Der zweite Schwerpunkt – dazu bin ich in meiner Rede eben nicht gekommen – sind die biologischen Stationen. Wir schlagen vor, dass die biologischen Stationen in den kommenden Haushalten eine eigene Titelgruppe bekommen, damit das deutlicher wird.

(Beifall von der CDU)

Wir bekennen uns zu den 40 biologischen Stationen in Nordrhein-Westfalen, weil die effektive und nachvollziehbare Naturschutzarbeit machen. Es fehlt uns nicht an der Ausweisung von Gebieten, es fehlt uns an der konkreten Umsetzung. Dazu brauchen wir die biologischen Stationen. Wir haben inzwischen 40. Wir sollten sie flächendeckend auf ganz Nordrhein-Westfalen ausdehnen, sie aber kooperativ besetzen, damit sie die nötige Akzeptanz haben.

Der dritte Schwerpunkt – den wird meine Kollegin noch erwähnen –, das ist der Verbraucherschutz.

Ich glaube, das sind klare Ziele in diesem Haushalt. Und Sie können nicht sagen, dass hier übermäßig gekürzt wird, denn das ist auch der Etat mit den höchsten Steigerungsraten. Innerhalb von drei Jahren waren es etwa 25 % mehr als 2010. Da muss man sich auf das konzentrieren, ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Rainer Deppe (CDU): ... was vordringlich ist. Und das haben wir mit unseren Anträgen getan.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Deppe. – Für die FDP-Fraktion spricht der Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich noch mal zu Wort gemeldet, um einige Punkte klarzustellen.

Geschätzter Kollege Markert, ich freue mich immer, wenn Sie vernünftige Ordnungspolitiker zitieren. Aber ich muss Ihnen leider Folgendes sagen: Nur weil Sie jemanden mit vernünftigen wirtschafts- und ordnungspolitischen Einstellungen zitieren, macht Sie das nicht zu einem vernünftigen Wirtschafts- und Ordnungspolitiker.

(Beifall von der FDP)

Vom Grundsatz her besteht ja Einigkeit. Die Sätze, die Sie zitiert haben, würde ich unterschreiben. Aber wenn ich in den Abfallwirtschaftsplan schaue, frage ich mich beim Thema „Nachhaltigkeit“, das sie gerade definiert haben: Wo bleibt denn, wenn Sie die Zuweisung vornehmen und den Wettbewerb aus dem Bereich herausnehmen, der ökonomische Aspekt? Der fällt bei Ihnen völlig hintenüber. Sie wollen doch eigentlich gar nicht die größten Auswüchse korrigieren und eindämmen – darüber könnte man beim Mülltourismus durchaus sprechen –, sondern Sie wollen komplett zuweisen, damit sich niemand mehr um seine Aufträge Sorgen machen muss. Sie halten damit Überkapazitäten künstlich lange am Leben, und das auf Kosten der Bürgerinnen und Bürger, die das über ihre Gebühren bezahlen müssen. Und das kann so nicht richtig sein, da können Sie zitieren, wie Sie wollen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Herr Minister Remmel, ich komme zum Umweltbericht. Sie haben uns gerade vorgeworfen, uns würde hier der Kompass fehlen, wir sollten mehr eigene Vorschläge machen. Wir werden ja gleich sehen, wie es weitergeht. In den letzten Haushaltsdebatten war das auch schon immer so. Im letzten Jahr gab es eine Debatte, in der Sie Ihre ganze Redezeit darauf verwendet haben, Fragen an die Opposition zu stellen. Das entzieht sich meinem Verständnis. Wenn ich Verantwortung in der Regierung übernehme, dann bin ich in der Pflicht und kann nicht die ganze Zeit auf die anderen zeigen. Sie müssen an dieser Stelle auch liefern.

(Beifall von der FDP – Marc Herter [SPD]:
Liefere! Liefere wollten Sie auch mal!)

Wir haben Dinge eingefordert. Wir konnten uns inhaltlich aber noch nicht damit auseinandersetzen – das würden wir ja gerne tun –, weil noch nichts vorliegt.

Sie verweisen auf das Wasser. Natürlich sprechen wir beim Wasserschutz nicht über Monate oder Jahre, wir sprechen über Jahrzehnte, wenn es da Fehler zu korrigieren gibt.

Wenn das eben nicht deutlich genug war, möchte ich jetzt noch mal sagen: Wir werfen Ihnen nicht vor, dass Sie nicht binnen drei Jahren die ganze Welt gerettet haben. Das gestehe ich ja ein. Wenn Sie es

geschafft hätten, wäre das gut gewesen. Aber so ist es auch in Ordnung. Ich mache Ihnen keinen Vorwurf daraus. Nur: Wenn Sie das die ganze Zeit ankündigen, dann muss es auch vorgelegt werden.

Und dann habe ich gesagt: Sie verlieren sich im Klein-Klein. Bei Ihnen kommt die Kür vor der Pflicht. Anstatt sich darum zu kümmern, schicken Sie Berater in 100 Kantinen Nordrhein-Westfalens, um den Leuten vor Ort zu sagen, wie sie ihre Lebensmittel einkaufen sollen. Das war das 100-Kantinen-Programm, das hat 300.000 € gekostet. Müssen wir das Geld angesichts dieser Haushaltssituation wirklich ausgeben?

(Inge Blask [SPD]: 100.000 €!)

Sie kaufen Pedelecs. Die Naturschutzakademie NRW finanziert mit Steuergeldern weiterhin Seminare, in denen man den Umgang mit der Sense lernen kann, falls der Rasenmäher mal kaputt ist.

(Beifall von der FDP)

Das ist das Klein-Klein, das wir meinen. Sie verlieren sich in den Dingen, zu denen man bunte Broschüren drucken und freundliche Pressekonferenzen geben kann, fassen aber die Dinge, die wirklich drücken, nicht an. Das ist der Punkt, an dem Sie sich verrennen. Und da sind wir Seite an Seite mit den Naturschutzverbänden, die genau das kritisiert haben.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht nun der Herr Abgeordnete Rüße.

(Zuruf: Der kann auch Trecker fahren!)

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, ich kann auch Trecker fahren; das ist richtig. – Herr Höne, zu der Sense: Ich bin vollkommen enttäuscht, dass Ihnen diese Programme nur dazu dienen, sich darüber lustig zu machen. Das zeigt, dass Sie von Naturschutz erstens keine Ahnung haben und Sie ihn zweitens überhaupt nicht ernst nehmen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich erkläre Ihnen das mal. Das Erlernen der Fähigkeit, mit der Sense umzugehen, dient nicht dazu, den Rasenmäher zu ersetzen, sondern dazu, in unwegsamen Naturschutzgebieten, wo man mit Rasenmähern und anderen Geräten gar nicht arbeiten kann, eben mit der Sense zu arbeiten. So ist das.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Dann habe ich mich natürlich mit dem beschäftigt, was Herr Deppe gesagt hat. Herr Deppe, ich finde

es immer gut und richtig, zu sagen: Wir legen politische Schwerpunkte. – Das ist vollkommen in Ordnung, das tun wir auch. Ich finde es aber außerdem wichtig, dass Sie, wenn Sie das machen, auch sagen, wo Sie keine Schwerpunkte legen, wo Sie die Gelder herausziehen, wo Sie sagen: Das interessiert uns nicht. Das wollen wir nicht. – Da müssen wir noch mal ein bisschen genauer hingucken.

Ich kann mich noch gut an meine ersten Besuche bei den Biostationen erinnern; da liegt ja einer Ihrer Schwerpunkte. Ich erinnere mich noch sehr gut an das Aufatmen, das ich dort spüren konnte. Man sagte mir nämlich, wie gut es sei, dass die Knebelung des Naturschutzes endlich vorbei sei und endlich wieder eine hinreichende Förderung durch die neue Landesregierung, durch Minister Rimmel eingesetzt werde.

Wenn Sie jetzt sagen: „Das kürzen wir um die Hälfte“, dann wollen Sie den Naturschutz wieder knebeln. Es reicht nämlich nicht aus, wenn Sie nur die Institution Biostation ausreichend ausstatten – selbst das, dass Sie das wirklich wollen, stelle ich infrage –, Sie müssen den gesamten Naturschutzetat erhalten, damit die Projekte auch umsetzbar sind. Und da geht es schon lange nicht mehr darum, immer neue Projekte zu machen; es geht darum, den Bestand zu sichern und weiter abzuarbeiten.

Die sonstigen Anträge, die Sie im Bereich Umwelt und Naturschutz gestellt haben, zeigen, wie ich finde, ein erschreckendes Bild, das Sie vom Umweltbereich haben. Das betrifft beispielsweise den Hochwasserschutz. Ja, das kann man machen, man kann die Mittel so verlagern. Aber Sie kürzen doch – das müssen Sie dazusagen – im selben Moment bei der Wasserrahmenrichtlinie.

(Zuruf von der SPD)

Sie nehmen dort das Geld weg, wo wir Auenlandschaften wiederherstellen und Retentionsflächen, die uns dringend fehlen, wiedergewinnen wollen. Sie sagen: Wir strecken das in der Zeit. – Das ist ja schön. Die Frage ist nur, ob wir es strecken können, ob wir es dürfen. Wir sind an Fristen gebunden. Die haben wir einzuhalten.

Meine Damen und Herren, völlig der Übermut hat die CDU aus meiner Sicht geritten ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Deppe zulassen?

Norwich Rüße (GRÜNE): Nein, die werde ich jetzt nicht zulassen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Vollends der Übermut hat Sie doch geritten bei Ihren Anträgen zum Landesbetrieb Wald und Holz.

Was Sie dort im hoheitlichen Bereich gemacht haben, das kann ich überhaupt nicht akzeptieren. Sie haben dort den Ansatz um ein Drittel gekürzt und sagen: Na, dann nehmen wir wieder unseren alten Stand aus dem Jahr 2010.

Sie setzen dementsprechend 25 Millionen ein. Nur wenn man mal genau hinguckt und die Erläuterungen liest, dann stellt man fest, dass Sie in dem Titel damals bereits 31 Millionen angesetzt haben. Dann hätten Sie aber auch diesen Titel nehmen müssen, die Aufgaben, die Sie dort reingesteckt haben. Denn Sie haben damals eine Querverbindung zum Naturschutzhaushalt gemacht und dort 5 Millionen verankert. Aber da Sie da ja auch kürzen wollen, geht Ihre Rechnung insgesamt nicht mehr auf.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen ...

Norwich Rüße (GRÜNE): Nein.

Meine Damen und Herren, Ihre Anträge, die Sie hier im Bereich Naturschutz gestellt haben, sind für mich insgesamt ein Beleg dafür, dass es gut ist, dass nicht mehr Sie für den Haushalt des Umweltbereichs verantwortlich sind, und dass es sehr gut ist, dass das jetzt eine rot-grüne Landesregierung macht. Wir wollen nämlich einen handlungsfähigen Umwelt- und Naturschutz. Den wird es mit Ihnen nicht geben. Wir werden weiter dafür sorgen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Abgeordneter, würden Sie bitte noch an Ihrem Platz bleiben. Es gibt eine Kurzintervention des Herrn Abgeordneten Deppe. Bitte schön, Herr Abgeordneter Deppe.

Rainer Deppe (CDU): Herr Kollege, wären Sie denn bereit, anzuerkennen, dass man Politik auch verändern kann? In der Tat haben wir in den Jahren bis 2010 die Haushaltskonsolidierung ganz nach vorne gestellt. Es wäre gut, diese Regierung würde das weiter so machen; denn dann stünden wir im Vergleich mit anderen Bundesländern nicht so schlecht da, wie wir das tun. Aber wir haben uns im Umwelt- und Naturschutzbereich auf bestimmte Schwerpunkte konzentriert und sagen: Die biologischen Stationen erfüllen eine ganz wichtige Aufgabe. Deshalb wollen wir sie fördern.

Ich habe dazu eben einen Vorschlag gemacht. Weisen Sie eine separate Titelgruppe aus – dann können Sie uns daran messen, ob wir das mittragen oder nicht. Sie haben das bisher nicht getan; wir hatten das in der letzten Runde schon einmal angeboten.

Zweiter Bereich: Hochwasserschutz. Die Frage, ob wir das dürfen oder nicht, können Sie sich ja stellen. Nur, ich sage Ihnen: Wenn das Wasser in den Häusern steht, wenn das Wasser wochenlang auf den Feldern steht, dann interessiert es überhaupt keinen mehr, ob Sie irgendwo eine Aue renaturiert haben.

Wir sagen: Der Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen ist notwendig, das ist ein Schwerpunkt; denn Hochwasser ist die größte bekannte Umweltegefahr, die wir haben. Andere Dinge müssen dann dahinter zurücktreten. Das unterscheidet uns vielleicht voneinander. Nur, wir sagen: Hochwasserschutz ist das Thema Nummer eins.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Herr Abgeordneter Rüße, bitte schön.

Norwich Rüße (GRÜNE): Lieber Herr Deppe, im Unterschied zu Ihnen streichen wir Bereiche nicht so zusammen, dass sie gar nicht mehr handlungsfähig wären. Kollege Meesters hat eben alles dazu gesagt, was dazu zu sagen ist. Der Hochwasserschutz ist auch in Zukunft garantiert. Wir werden daran auch in Zukunft entsprechend weiterarbeiten.

Was Ihre erste Einlassung anging, dass ich anerkennen soll, dass Politik neue Schwerpunkte setzen kann, da stimme ich Ihnen natürlich vollkommen zu. Ich denke, genau das haben wir auch nach 2010 hinreichend gemacht – zum Wohle des Landes NRW. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Meine Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit am Ende des ersten Blocks „Umwelt und Naturschutz“ aus dem Einzelplan 10. Mir liegen dazu keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Wir kommen dann zum

Teilbereich Verbraucherschutz

Auf meiner Liste steht dazu als erste Rednerin für die CDU-Fraktion Frau Abgeordnete Schulze Föcking.

Christina Schulze Föcking (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Verbraucherschutz gehört zu den Pflichten der Politiker, die von den Bürgerinnen und Bürgern zu Recht sehr aufmerksam beachtet werden. Das bedeutet natürlich, dass der Verbraucherschutz transparent und ehrlich sein muss. Darüber, wie Kontrollen ausgestaltet werden, können wir gerne reden, Herr Minis-

ter Remmel. Aber mit scheinbar falschen Zahlen darf keine Stimmung gemacht werden.

(Beifall von der CDU)

Die Diskussion, die wir seit Tagen über die amtlichen Lebensmittelkontrollen in unserem Land führen, wundert nicht nur mich. Diese Diskussion, die Sie ausgelöst haben, trägt nicht zum Vertrauen in den Verbraucherschutz bei – im Gegenteil. Leider!

Am Montag hatten wir noch eine Anhörung zu diesem Thema. Wenn Sie, Herr Remmel, da gewesen wären, hätten selbst Ihnen die Ohren geklingelt, denke ich. Es soll mal wieder ein Problem mit einer Ihrer Statistiken geben. Aus dieser Statistik gehen anscheinend Kontrolldefizite bei den zuständigen kommunalen Ämtern hervor.

Der Landkreistag wies das vehement zurück. Ganz deutlich zeigt dies ein Zitat aus den „Westfälischen Nachrichten“ vom 26. November:

„Der Landkreistag wirft Verbraucherschutzminister Johannes Remmel vor, mit manipulierten Zahlen zu operieren. Dessen Vorwurf, in Kreisen und Städten fehlten 133 Kontrolleure, basiere auf“

– man höre! –

„nachträglich vom Landesumweltamt LANUV veränderten Sollzahlen ...“

(Zuruf von der FDP: Aha!)

Es geht noch weiter. Gestern konnten wir im „Kölner Stadt-Anzeiger“ lesen, dass in diesem Zusammenhang die Pressesprecherin des Rheinisch-Bergischen Kreises wörtlich wie folgt zitiert wird: „Wir wissen nicht, wie der Minister auf diese Zahlen kommt ...“

Wie mir zu Ohren gekommen ist, hat Ihr Haus noch vor wenigen Monaten gegenüber dem Landkreistag bescheinigt, dass bei landesweiter Betrachtung der Personal- und Kontrollzahlen die Kommunen Personalstärken von mehr als 100 % erreichen. Wir erwarten daher dringend Aufklärung in dieser Sache.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ansonsten steht nämlich der Verdacht im Raum, dass Zahlen bewusst zugunsten einer Zentralisierung der Lebensmittelüberwachung manipuliert wurden.

(Zuruf von der SPD: Oho!)

Herrscht hier zumindest Verwirrung, herrscht an anderer Stelle das Chaos – ein weiteres konkretes Beispiel zu Kosteneinsparungen. Ihr Haus unterstützt mit 119.350 € eine Homepage, die unter anderem für den Veggieday und für weniger Milchkonsum wirbt. Rund 120.000 € für weniger Milchkonsum!

Interessanterweise kann man der Antwort auf meine Kleine Anfrage auch entnehmen, dass Sie die Homepage „Mädchen lieben Milch“ unterstützen. Des Weiteren findet man im Haushalt unter „Schulmilchförderung“ die Summe von 400.000 €. Meiner Meinung nach ist das gut angelegtes Geld. In Ihrem Erläuterungsband zum Haushalt sprechen Sie davon, dass Milch zur Leistungsfreude und Leistungsfähigkeit der Kinder und Jugendlichen beiträgt. Ihr Ziel ist es, ein gesundes Frühstück anzubieten und „Wissen über den gesundheitlichen Wert von Milch und Milchprodukten zu vermitteln“.

Herr Minister, unglaublich, aber wahr: Sie sprechen mir tatsächlich aus der Seele! Ich frage mich nur, warum zuerst 120.000 € für eine Homepage ausgegeben werden, mit der genau das Gegenteil erreicht werden soll. Wir als CDU fragen uns, wieso Sie mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zwei einander widersprechende Ansätze fördern. Unser Eindruck: Pures Chaos! So geht man nicht mit dem Geld der Bürgerinnen und Bürger um.

(Beifall von der CDU)

Oder wussten Sie etwa nichts von diesem Widerspruch? Die Schuld liegt ja bekanntlich immer bei den anderen. In den letzten Jahren war es Frau Aigner, jetzt sind es die Kommunen.

Wie sieht hingegen die bittere Wahrheit aus? Während Sie anderen Versäumnisse vorwerfen, haben Sie es auch in mehreren Jahren nicht hinbekommen, ein funktionierendes System ...

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Abgeordnete, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Witzel von der FDP zulassen?

Christina Schulze Föcking (CDU): Ja, bitte.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Ralf Witzel (FDP): Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Kann es vielleicht sein, dass Umweltminister Remmel die beiden sich widersprechenden Homepages finanziell fördert, damit er auch einmal für die Zielgruppe der Veganer ein Zeichen setzt?

Christina Schulze Föcking (CDU): Herr Witzel, ich hätte es, glaube ich, nicht schöner formulieren können. Auch ich habe den Eindruck, dass die Homepages mal so und mal so gefördert werden – je nachdem, wie das Fähnchen im Hinblick darauf, wen man unterstützen möchte, gerade weht. Genau deshalb wollen wir da noch mal nachschauen. Es kann nicht sein, dass man so unverantwortlich mit Steuergeldern umgeht.

(Beifall von der CDU)

Damit komme ich zurück zur bitteren Wahrheit! Während Sie anderen Versäumnisse vorwerfen, haben Sie es auch in mehreren Jahren nicht hinbekommen, ein funktionierendes System zum Datenaustausch in der Lebensmittelüberwachung zu entwickeln. Das LANUV, das Ihnen untersteht, hat es nach wie vor nicht geschafft, sich zertifizieren zu lassen – im Gegensatz zu den meisten kommunalen Lebensmittelüberwachungsämtern. Noch nie hat ein Minister so viel Geld wie Sie gehabt, und noch nie hat ein Minister in diesem Bereich so wenig aus so viel gemacht.

(Beifall von der CDU)

Ich bin froh, dass wir im Land mit den Verbraucherkonzernen ein funktionierendes System haben, die wichtige Anlaufstationen für unsere Bürgerinnen und Bürger sind; denn hier wird über Verbraucherschutz nicht nur geredet, hier findet er tagtäglich statt. Und das ist der Unterschied.

(Beifall von der CDU – Zuruf von der SPD:
Pharisäerhaft!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Für die SPD-Fraktion spricht Frau Abgeordnete Blask.

Inge Blask (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Verbraucherschutz ist ein wichtiges Thema für die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen. Die vertragliche Vereinbarung des Landes Nordrhein-Westfalen mit der Verbraucherzentrale gilt auch für das Jahr 2014 und stellt ihre Arbeit damit auf verlässliche Füße.

In der nächsten Woche – zum Nikolaustag – wird die neue Beratungsstelle in Dülmen im Kreis Coesfeld eröffnet. Damit verschwindet ein weiterer weißer Fleck in Nordrhein-Westfalen. Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit dem Ennepe-Ruhr-Kreis im nächsten Jahr unserem Ziel der Flächendeckung wieder ein Stückchen näher rücken können. Ich sage gerne noch – wie jedes Jahr – dazu: Ich würde mich freuen, wenn auch die Stadt Neuss dazukommen würde.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Ich auch!
Da sitzen wir in einem Boot!)

– Genau!

Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat einmal berechnen lassen, welchen Effekt 1 € Steuergeld hat. Dabei kam heraus: 1 € investiertes Steuergeld ruft einen Verbrauchernutzen zwischen 14 € und 17 € hervor. Die Mittel sind also wirklich gut eingesetzt; das ist eine wirklich gute Wertschöpfung.

Verbraucherschutz hat leider immer etwas von „Hase und Igel“. Vielleicht erinnern Sie sich, meine Damen und Herren: Kurz vor den Bundestagswahlen

hat die alte Bundesregierung endlich noch das Gesetz gegen unseriöse Geschäftspraktiken verabschiedet. Die derzeit geschäftsführende Bundesjustizministerin hatte hier in der Vergangenheit auf Zeit gespielt. Wenn man sich das Ganze jetzt anguckt, dann stellt man fest, dass schon wieder ein Nacharbeiten notwendig ist.

Was ist passiert? – Mit dem neuen Gesetz sind die Pauschalen der Anwälte für Abmahnungen in Sachen Urheberrecht gedeckelt worden. Die Anwälte sollten 155 € nehmen. Jetzt aber haben Sie sich etwas Neues einfallen lassen: Sie erhöhen einfach mal die Schadensersatzforderungen. Das Ganze wird auf ein neues System umgestellt. Handwerklich ist dieses Gesetz also nicht gut. Die Anbieter machen einfach da weiter, wo sie aufgehört haben, meine Damen und Herren.

Unter dem Motto „Vom Acker zum Teller“ hat die rot-grüne Landtagsfraktion in den vergangenen Monaten mehrere Anträge gestellt, die auf Mindeststandards bei der Putenhaltung, effektivere Lebensmittelkontrollen und die Chancen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik auf nationaler Ebene abzielen.

Das Problem des Lebensmittelbetruges hat in den letzten Jahren zunehmend an Aufmerksamkeit gewonnen. Zum Beispiel zeigen der Pferdefleischskandal und falsch gekennzeichnete Bio-Eier, dass unsere Forderung, für Transparenz bei den amtlichen Kontrollergebnissen in der Gastronomie und im Lebensmittelbereich zu sorgen, nach wie vor aktuell ist. Wir brauchen auf Bundesebene klarere Rahmenbedingungen, damit Klarheit und Wahrheit im Lebensmittelbereich auch hier in Nordrhein-Westfalen gelten. Mit unserem Antrag für eine effektive Lebensmittelkontrolle haben wir darauf reagiert. Und dass zu Lebensmittelskandalen auch Lebensmittelbetrug gehört, ist bei den Verbrauchern ein großes Thema. Deswegen haben wir uns dieses Themas angenommen.

Ich denke, Frau Schulze Föcking, wir brauchen bei diesem Thema eine neue Struktur. Ich fand es sehr bemerkenswert, dass die großen Unternehmen dem Bundesrechnungshof in der Anhörung sehr deutlich gesagt haben, sie wünschten sich nur einen und nicht 400 Ansprechpartner in Deutschland. Die Strukturänderung, die wir vornehmen wollen, ist also eigentlich auch ein Wunsch der großen Ketten der Handelsbetreiber.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Frau Kollegin, würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Deppe zulassen?

Inge Blask (SPD): Bitte, Herr Deppe.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön.

Rainer Deppe (CDU): Vielen Dank, Frau Kollegin! Damit sich nichts Falsches festsetzt, wollte ich Sie noch einmal fragen: Sie haben eben den Skandal um Pferdefleisch, falsch deklarierte Bio-Lebensmittel usw. angesprochen und das in den Zusammenhang mit der Überwachung von Gaststätten gestellt.

Sind Sie nicht mit mir der Meinung, dass die Gaststätten eventuell Opfer falsch deklarierter Ware sind, nicht aber Verursacher?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Man sollte die Gastwirte nicht so pauschal an den Pranger stellen, wie Sie das eben getan haben.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Frau Kollegin.

Inge Blask (SPD): Ich denke, dass „Lebensmittelklarheit und -wahrheit“ unser Thema ist. Dazu gibt es auf verschiedenen Ebenen verschiedene Ansätze. Zum einen gibt es die Möglichkeit, im Lebensmittelbereich und bei den Gastro-Unternehmen aufzuzeigen, wo es eventuell Probleme gibt. Zum anderen gibt es Probleme im Futtermittelbereich und bei den großen Lebensmittelkonzernen. Auch in dem Zusammenhang müssen wir handeln. Deswegen sehe ich keinen Unterschied zu dem, was ich ausgeführt habe.

(Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU] – Beifall von der CDU)

Ich fahre in meinem Text fort: Ein gutes und effizientes Kontrollsystem dient also nicht nur dem Verbraucher, sondern allen Beteiligten in der Wertschöpfungskette. Frau Schulze Föcking, auf das Thema „EDV-System“ möchte ich gerne noch einmal eingehen: Wann wurde das eingeführt? Im Jahre 2007. Daran erinnere ich mich sehr gut. 2007 ist ein EDV-System auf den Weg gebracht worden, an dem drei Jahre lang gearbeitet wurde, das aber heute immer noch nicht funktioniert. Das ist an der Stelle großer Murks und war schon von der schwarz-gelben Regierung auf den falschen Weg gesetzt worden.

Deswegen habe ich in der Anhörung danach gefragt, ob man das Ganze nicht wirklich – in Anführungszeichen – in die Tonne kloppen sollte.

Meine Damen und Herren, wir werden dem Einzelplan 10 zustimmen und bitten insgesamt um Ihre Zustimmung. – Herzlichen Dank!

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Verbraucherschutz – das ist gerade schon angeklungen – geht es natürlich um Vertrauen, darum, dass wir durch geeignete Rahmenbedingungen dafür sorgen müssen, dass sich die Verbraucherinnen und Verbraucher darauf verlassen können, dass das, was draufsteht, tatsächlich drin ist, dass sie darauf vertrauen können, dass mit ihren Lebensmitteln ordentlich umgegangen wird.

Wir müssen aber feststellen: Bei jedem Lebensmittelskandal der jüngeren Vergangenheit war insbesondere kriminelle Energie am Werk, die wir oft leider nur im Nachhinein ahnden und bestrafen können. Darüber haben wir schon öfter diskutiert.

Durch ein einfaches Mehr an Kontrolle wäre aber doch kaum ein Skandal verhindert worden. Darum brauchen wir, Herr Minister Rimmel, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, an der Stelle ein Umdenken. Wir müssen über die Qualität der Kontrollen sprechen. Wir müssen über die Kontrolle der Kontrolleure sprechen, also die Frage: Wie können wir die Unternehmen selber dazu bringen, bessere Qualitätsmanagementsysteme aufzusetzen? Wie können wir diese systematischer überprüfen?

Lassen Sie uns über Prävention sprechen, beispielsweise über einen verbindlichen Hygieneführerschein für diejenigen, die mit Lebensmitteln arbeiten. Ich glaube, dass es heute in Deutschland etwas zu einfach ist, ein Unternehmen aufzumachen und von heute auf morgen mit Lebensmitteln zu tun zu haben, ohne dafür wirklich eine Ausbildung absolviert zu haben. Ich glaube, dass wir mit einem solchen präventiven Ansatz deutlich mehr erreichen können, als wir es mit noch so vielen Kontrollen tun können. Nur mit einer solchen Prävention schaffen wir besseres Fachwissen und vor allem auch ein besseres Bewusstsein für den richtigen Umgang mit Lebensmitteln.

Sehr geehrte Damen und Herren, vertrauen sollte man auch den Mitarbeitern und vielen anderen Menschen, die in der Lebensmittelkontrolle tätig sind. Sie aber, Herr Minister Rimmel, misstrauen ganz offensichtlich den kommunalen Beschäftigten in der Lebensmittelkontrolle vor Ort. Darum wollen Sie ja die Zuständigkeiten für die Lebensmittelkontrolle hochzonen und auf das LANUV übertragen. Das Motto lautet also: Zentralismus statt Vertrauen.

Ich persönlich glaube nicht, dass das Land per se besser kontrollieren kann als die Kommunen. Die Kommunen sind doch viel näher dran, kennen die örtlichen Begebenheiten. Vor allem hat die Anhörung gezeigt: Diese Kontrollen greifen ineinander. Beispielsweise sind doch die Kontrollen zur Lebensmittelsicherheit mit den Kontrollen im Veterinärbereich vernetzt. Es gibt viele Zertifikate und andere Bescheinigungen, die ausgestellt werden müssen und beide Seiten betrachten. Wir kämen zu

Doppelstrukturen, wenn wir es so machten, wie Sie es vorschlagen.

Jetzt aber – es ist eben schon angeklungen – wird Ihr Handeln besonders abstrus. Denn diejenigen, denen Sie misstrauen – sprich: den Kommunen, die zertifiziert sind, das zu tun, was sie tun –, sollen denjenigen helfen, denen Sie mehr vertrauen, also dem LANUV, die Dinge wirklich auszuführen. Die Kommunen sollen jetzt also dem LANUV helfen, auszubilden und zu qualifizieren. Ich glaube, das zeigt ein weiteres Mal die Absurdität und wie willkürlich das ist. Der Landkreistag hat das in der Anhörung am vergangenen Montag, wie ich meine, sehr gut auf den Punkt gebracht.

Herr Dr. Zentara sagte ganz zum Schluss der Anhörung – ich zitiere –: Diejenigen, die das Klassenziel verfehlt haben, sollten uns jetzt nicht sagen, was wir zu tun haben. – Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Verbraucherschutz muss effektiv und – glaube ich – schlagfertig sein. Schlagfertige und erfolgreiche Verbraucherpolitik in Nordrhein-Westfalen ist möglich und wird gemacht, insbesondere durch unsere Verbraucherzentrale. Das sollte man hier von dieser Stelle aus auch einmal sagen, wenn man doch einer Meinung ist. Ich habe es im Ausschuss schon angesprochen: Es war unsere Verbraucherzentrale, die gegen die Pläne der Telekom vorgegangen ist, Geschwindigkeiten beim DSL zu drosseln. Es ist unsere Verbraucherzentrale, die sich im Moment mit den langen Vorauszahlungsfristen bei Fluggesellschaften beschäftigt, insbesondere bei Günstig- oder Billigairlines.

Darauf können wir, glaube ich, stolz sein. Frau Kollegin Blask, ich freue mich auch sehr über die neue Verbraucherzentrale und den neuen Standort in Dülmen in meinem Heimatkreis Coesfeld. An der Stelle sind wir mit einem solchen präventiven Ansatz und einer schlagkräftigen Verbraucherzentrale NRW wirklich gut aufgestellt. Darauf können wir stolz sein. Das können wir gemeinsam weiterentwickeln.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Höne. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht der Abgeordnete Markert.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Lieber Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Frau Schulze Föcking, Ihr Einstieg zu den Lebensmittelkontrollen und den Ergebnissen, die wir vorhin zur Kenntnis nehmen konnten, hat einmal mehr gezeigt, wie wichtig es ist, dass wir ein handlungsfähiges Ministerium und handlungsfähige Behörden haben.

Wir brauchen nun einmal ein starkes Ressort, das dafür sorgen kann, die Aufsicht und die Kontrolle auch durchzuführen und dort nachzusteuern, wo es Defizite gibt.

Sie haben einmal mehr belegt – ich hatte das dem Kollegen Deppe vorhin auch schon gesagt –, dass Sie mit Ihren Forderungen nach mehr Aufgaben und mehr Engagement im Verbraucherschutz Ihre eigenen Einsparorgien konterkarieren. Herzlichen Dank dafür, dass Sie so ehrlich gewesen sind, Frau Schulze Föcking!

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Frage, die hier im Raum steht, lautet: Was ist eigentlich das grundlegende Ziel des Verbraucherschutzes?

Meine Kolleginnen und Kollegen, ich habe am vergangenen Freitag zusammen mit meinem geschätzten Kollegen Arif Ünal eine verbraucherpolitische Veranstaltung zum Thema „IGe-Leistungen“ durchgeführt. Das Podium war ausgewogen mit sehr unterschiedlichen Interessenvertretern und Betroffenen besetzt. Auch dort hat sich gezeigt: Das Ziel kann es nur sein, durch klare Rahmensetzung in der Verbraucherpolitik so viel Transparenz herzustellen, dass jederzeit eine selbstbestimmte Abwägung zwischen Verbraucher- und Geschäftsinteressen möglich ist.

Wie Informationsdefizite beseitigt und hierarchische Angebots-Nachfrage-Beziehungen in Märkten abgebaut werden können, ist daher eine der Schlüsselfragen, der wir uns in der Verbraucherpolitik nähern müssen.

Auch darum setzen wir als rot-grüne Landesregierung unsere klare Linie fort. Während in 2012 noch 12,25 Millionen € für die Förderung der Verbraucherzentralen aufgewendet wurden, weist der Einzelplan für 2014 jetzt 13 Millionen € für den weiteren Ausbau des Beratungsstellennetzes aus.

Liebe Kollegen Schulze Föcking, wie jedes Jahr fordern Sie den weiteren Ausbau der Beratungsstellen ein. Frau Blask hat gerade daran erinnert, dass Neuss, also mein Wahlkreis, die einzige Großstadt ist, die nach wie vor keine Verbraucherzentrale hat. Es ist dann notwendig, hier nicht nur solche Forderungen aufzustellen, sondern vor Ort auch seine Kolleginnen und Kollegen von der CDU bei den Haushaltsberatungen der jeweiligen Kommune dazu zu veranlassen, ihre Blockade gegen die Verbraucherzentralen aufzugeben – nicht zuletzt in Neuss. Dann wäre das, was Sie hier an Sonntagsreden präsentieren, glaubwürdiger.

Die äußerst kompetente, sehr umfangreiche und immer stärker nachgefragte Verbraucherberatung weiter auszubauen und zu verstetigen, bleibt also unsere zentrale Aufgabe. Es geht uns dabei vor allem um unabhängige Verbraucherschutzstrukturen

und damit um unabhängige Information, wie wir es im Koalitionsvertrag festgeschrieben haben.

Ebenso haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart – Zitat –:

„Wir werden im Dialog mit den Energieversorgern und Verbraucherverbänden Lösungen erarbeiten, um Stromsperrern zu vermeiden und Energiearmut wirksam zu reduzieren. Zusammen mit der Verbraucherzentrale und den Wohlfahrtsverbänden starten wir hierzu Modellprojekte mit aufsuchender Energieberatung, um langfristig ein landesweites Angebot zu erreichen.“

In der Tat: Das Projekt „NRW bekämpft Energiearmut“ ist ein Erfolg geworden. Darum erfolgt auch der weitere Einsatz zum besseren Schutz vor Energiesperrern in 2014. Herzlichen Dank an unsere Verbraucherzentralen vor Ort, die hier gute Arbeit leisten!

(Beifall von den GRÜNEN, Thomas Kufen [CDU] und Henning Höne [FDP])

Meine Damen und Herren, gerade im Bereich der Verbraucherpolitik und des nachhaltigen Konsums geht es uns Grünen um Mündigkeit statt Bevormundung.

(Lachen von der CDU)

– Ja. Ich habe damit gerechnet, dass Sie an dieser Stelle lachen. Ich will Ihnen auch ganz ehrlich sagen: Wenn man bei einer Wahl eine Gelbe Karte gezeigt bekommen hat, ist es auch wichtig, sich zu fragen, was man besser machen kann. Darum habe ich das hier ganz bewusst noch einmal gesagt.

(Christof Rasche [FDP]: Keine Bevormundung!)

Uns geht es in der Verbraucherpolitik und im Bereich des nachhaltigen Konsums um Mündigkeit statt Bevormundung. Es geht um die freie Entscheidung jeder und jedes Einzelnen.

Ohne Aufklärung kann es aber weder Freiheit noch Mündigkeit geben. Da Produzenten-Konsumenten-Beziehungen eben keine Geschäftsbeziehungen unter Gleichen sind, sondern hierbei ein zum Teil erhebliches Macht- und Informationsgefälle vorherrscht, hat sich die Politik als Anwältin der strukturell Schwächeren zu begreifen.

Lieber Kollege Henning Höne, du hast mich eben natürlich herausgefordert. Deswegen bin ich gerade noch einmal aktiv geworden und möchte an dieser Stelle noch einmal den geschätzten und leider viel zu früh verstorbenen Karl-Hermann Flach zitieren. Zitat:

Recht muss in erster Linie die Schwachen vor den Mächtigen, die Besitzlosen vor den Besitzenden schützen – und nicht umgekehrt.

(Beifall von der FDP)

Die Richter müssen begreifen, dass sie nicht Vollzugsbeamte der Obrigkeit sind, sondern deren Kontrolleure. Recht wird in der Demokratie schließlich nicht im Namen des Kaisers gesprochen, sondern im Namen des Volkes.

Als Verbraucherpolitiker kann ich nur sagen: Ersetzen Sie den Kaiser, also die Obrigkeit, durch irgendein Lebensmittel-Oligopol oder eine große Bank. Dann erhalten Sie hoffentlich ein Verständnis für meine, für unsere Auffassung von Verbraucherpolitik. Dies ist ja wohl das genaue Gegenteil von Bevormundung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Verbraucherinnen und Verbraucher, die nicht wissen, was die Produkte und Dienstleistungen enthalten, die sie kaufen – Herr Präsident, ich komme zum Ende –, sind eben nicht frei in ihren Entscheidungen.

Und vergessen Sie nicht: Bevor wir Grünen den Verbraucherschutz in seiner heutigen Form erst auf die politische Agenda dieser Republik gesetzt haben, war es nicht viel mehr als ein recht unverblümter Lobbyismus von Agrarfunktionären.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir stimmen dem Haushalt von Herrn Remmel sehr gerne zu. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank. – Für die Fraktion der Piraten spricht Frau Kollegin Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Leider beschränkt sich der Verbraucherschutz immer noch darauf, auf Lebensmittelskandale zu reagieren, auch wenn zaghafte und teilweise leider unausgegangene Versuche unternommen werden, etwas daran zu ändern – zum Beispiel mit dem Antrag „Eine effektive Lebensmittelkontrolle stärkt insbesondere die Ernährungswirtschaft in NRW“. Wir Piraten fordern weiterhin – wie auch schon im letzten Jahr – proaktive Maßnahmen.

Auch in der Anhörung zur Lebensmittelsicherheit war der Satz „Prävention vor Repression“ mehrfach zu hören. Denn was hilft es dem Verbraucher, nach dem Verzehr von Lebensmitteln zu erfahren, dass diese nicht verzehrfähig waren?

Prävention und damit – für uns – proaktive Maßnahmen bedeuten, dass Lebensmittel und andere Bedarfsgegenstände, die die Gesundheit gefährden, vor dem Inverkehrbringen vom Markt genommen werden.

Deshalb fordern wir auch nach wie vor eine Verankerung des Verbraucherschutzes in der Landesverfassung.

An unserer Forderung für eine verständliche Kennzeichnung von Lebensmitteln und eine starke Verbraucherbildung hat sich ebenfalls nichts geändert.

Apropos Kennzeichnung von Lebensmitteln: Entweder weiß bei der Landesregierung die rechte Hand nicht, was die linke tut, oder ich kann Ihren sprunghaften Entscheidungen nur noch ein müdes Lächeln abgewinnen. Erst vor Kurzem forderten wir Piraten hier im Landtag die feste Definition der Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ sowie eine deutliche und verpflichtende Kennzeichnung solcher Lebensmittel. Unter großem Tamtam – auch der Staatssekretär war dabei –, mit dem Hinweis darauf, dass das für die Industrie gar nicht umsetzbar sei, und überhaupt wurde unser Antrag damals abgelehnt. – Geschenkt!

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Dass Sie für sachliche Argumente nicht zugänglich sind, ist schon lange kein Geheimnis mehr. Allerdings verwundert es dann schon, wenn man jetzt in den Medien liest, dass Sie im Bundesrat für eine solche Kennzeichnung gestimmt haben und den Bundestag dringend dazu auffordern, genau das umzusetzen. Wenn Sie so handeln, dann sehe ich nur noch kleine Kinder, die unsere Sandburgen unbedingt zerstören müssen, damit die eigenen schöner aussehen.

(Beifall von den PIRATEN)

Das ist ein jämmerliches Spiel mit der parlamentarischen Demokratie. Genau diese bleibt dabei auf der Strecke.

Wenn Sie meine bisherigen Reden kennen, dürfte Ihnen so einiges von dem, was ich fordere, bekannt vorkommen. Das ist auch kein Wunder, denn außer warmen Worten ist in dem Bereich von der Landesregierung bisher nicht viel gekommen. Aber der SPD steht nicht mehr viel im Wege, sollte die Große Koalition in Berlin zustande kommen – es liegt noch am SPD-Mitgliederentscheid –, ihre wohlklingenden Versprechen auch zu halten.

Wenn man sieht, wie zum Beispiel im Bereich der Lebensmittelkontrollen immer mehr Kompetenzen im LANUV vereint werden, ist es natürlich erst einmal schön, dass Herr Minister Remmel das sozusagen zur Chefsache macht. Nur darf man dabei nicht vergessen, dass so eine Zentralisierung die bereits bestehenden und meist auch funktionierenden Strukturen in der Fläche ausdünn.

Ich will Ihnen selbstverständlich nichts unterstellen, Herr Minister Remmel, aber wir alle wissen, dass es auch andere Minister anderer Parteien gibt und geben wird. Daher finde ich es äußerst bedenklich, so viele Entscheidungen und so viel Kontrollmacht in nur einer Hand zu vereinen. Mit Dezentralität hat

das wenig zu tun. Das fordern Sie, und das fordern wir in anderen Bereichen, wie zum Beispiel in der Lebensmittelproduktion, des Öfteren. Sicher ist es in den meisten Bereichen auch richtig.

Eine sichere und qualitativ hochwertige Lebensmittelüberwachung im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher erfordert eine gut aufgestellte Behörde mit klarer Aufgabenverteilung. Dies sicherzustellen ist die Aufgabe des Ministers, und zwar im Einvernehmen mit den Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern und nicht gegen sie. Hier stehen sicherlich noch mehr Diskussionsrunden oder auch ein runder Tisch an. Ich bin gespannt. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Brand. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klassischer Verbraucherschutz heißt Information für die Verbraucherinnen und Verbraucher, heißt freier Wettbewerb, heißt Sicherung von Qualitätsstandards. All das ist Gegenstand unserer Politik für den Verbraucherschutz.

Aber wir machen noch etwas mehr. Wir verstehen Verbraucherschutz auch als Politik und nicht nur als Information, und zwar als grundlegenden politischen Ansatz in einem Marktgeschehen, Verbraucherinnen und Verbraucher so zu ertüchtigen, dass Sie an dem Marktgeschehen gleichberechtigt teilnehmen können.

Deshalb Stärkung des Beratungsnetzes der Verbraucherzentralen, deshalb ein Kompetenzzentrum für Verbraucherschutz, deshalb ein Kompetenzzentrum für Ernährung, deshalb Verbraucherbildung schon ganz früh, im Kindergarten und in der Schule, deshalb ein EU-Schulobstprogramm, um schon früh zu lernen, zu schmecken, was gut für den Körper, was gute Ernährung ist, deshalb die Forderung nach umfassender Transparenz, damit sich Verbraucherinnen und Verbraucher orientieren und ihre eigene Entscheidung aufgrund von klaren Informationen treffen können, deshalb die Forderung nach einem Kontrollbarometer, deshalb die Forderung nach einer klaren Kennzeichnung von Lebensmitteln.

Bei der Stärkung der Verbraucherzentralen sind wir ein gutes Stück vorangekommen. Nach Soest werden wir jetzt im Kreis Coesfeld eine neue Beratungsstelle eröffnen. Im kommenden Jahr werden wir in Nordrhein-Westfalen die 60. Beratungsstelle eröffnen. Das ist eine tolle Bilanz all derjenigen, auch jenseits der politischen Farben, die in der Vergangenheit an dem eindrucksvollen Netz gearbeitet

haben. Wir sind damit das Verbraucherschutzland Nummer eins in der Bundesrepublik. Das ist eine Bilanz, die uns alle freuen sollte, auf die wir alle stolz sind.

Aber wir müssen uns auch mit aktuellen Problemen des Verbraucherschutzes beschäftigen. Da steht zurzeit zum Beispiel die Frage der aufkommenden Energiearmut im Mittelpunkt unserer Bemühungen. Es kann nicht sein, dass 2010, so sagen die Statistiken, 120.000 Haushalte in Nordrhein-Westfalen quasi im Dunkeln saßen. Stromsperrern sind ein Skandal. Deshalb müssen wir alles tun, um diese zu verhindern.

Wir haben im Bundesrat entsprechende Initiativen eingebracht und sind mit den Versorgern breit unterwegs. Wir wollen hier eigene Initiativen auf den Weg bringen, um Energiearmut in der Breite, auch zusammen mit gesellschaftlichen Institutionen, beispielsweise der Caritas und anderen Einrichtungen, zu bekämpfen. Das sind gute Projekte, die den Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen ausmachen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will aber der Diskussion um die Frage der Lebensmittelkontrolle und der Lebensmittelkontrolleure nicht ausweichen. Man kann nicht auf der einen Seite, wie es Frau Aigner getan hat, den Ländern und den Kommunen vorwerfen, sie würden ihre Aufgaben nicht erfüllen, während wir auf der anderen Seite dafür kritisiert werden, wenn wir ein System vorstellen, wie wir in Form eines Benchmarkings transparent machen: Wie viele Kontrolleure sind vorhanden? Wie viele Probeentnahmen finden statt? Wie viele Risikobetriebe werden untersucht? Wir müssen doch erst mal eine Darstellung haben, um auf der Basis gemeinsame Lösungen für die Zukunft zu entwickeln.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das zum Vorwurf zu machen, finde ich schon ziemlich infam.

Wir werden uns das genau anschauen, auch die Fragen hinsichtlich der Zahlen. Wir werden in der Tat einen runden Tisch mit allen Beteiligten machen, der Lebensmittelwirtschaft, den Kommunen, den kommunalen Verbänden, selbstverständlich auch mit den Verbraucherverbänden, um eine bessere Lösung als in der Vergangenheit hinzukriegen.

Aber es kann doch niemand um die Tatsache herumreden, dass wir heute einen Markt haben, der nicht mehr dem des 19. Jahrhunderts entspricht. Da war es richtig, die Gaststätte, die Bäckerei, die Imbissbude um die Ecke zu kontrollieren. Wir haben aber heute einen anderen Markt. Mit diesen Unternehmen in der Lebensmittelwirtschaft muss man sich beschäftigen.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Hier wird europaweit gehandelt. Hier spielen ganz andere Fragen eine Rolle, als eine einzelne Probe zu nehmen. Hier muss man Marktstrukturen untersuchen. Das hat uns doch beim Pferdefleischskandal, beim Gammelfleischskandal beschäftigt. Deshalb muss sich die Lebensmittelkontrolle, der Verbraucherschutz den Strukturen anpassen. Das ist keine Frage von Zentralisierung, sondern das ist genau das, was ich am Anfang gesagt habe: politischer Verbraucherschutz. Wir müssen uns auf der Augenhöhe der anderen Marktteilnehmer bewegen. Deshalb ist es richtig, hierüber zu diskutieren.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einmal, ein politisches Prinzip etwas zu hinterfragen, was Sie hier eingeführt haben, Herr Höne, als es um den Naturschutz ging, und Frau Schulze Föcking bei diesem Tagesordnungspunkt. Sie ersetzen mangelnden inhaltlichen Tiefgang,

(Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

weil Sie sich mit den Sachen überhaupt gar nicht beschäftigen, mit einer Diskreditierung von Einzelvorhaben, ohne sie gesamtpolitisch einzuordnen.

(Beifall von den GRÜNEN – Lebhafter Widerspruch von Josef Hovenjürgen [CDU])

Aber das Schlimme, Herr Höne, Frau Schulze Föcking – mir macht das nichts aus; hier sind wir alle dazu da, dass wir uns auf der Ebene auseinandersetzen –, daran ist, dass Sie Bürgerinnen und Bürger dieses Landes massiv diskreditieren.

(Weiterer Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Das werfe ich Ihnen vor,

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

zum Beispiel an dem Punkt, den Sie eben in die Debatte geworfen haben. Sie haben sich mit der Sache nicht beschäftigt, als es um das Angebot der NUA ging. Bei der NUA handelt es sich um die Akademie des Ehrenamtes der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land,

(Lebhafter Beifall von den GRÜNEN – Beifall von der SPD – Zuruf von der FDP)

die sich jeden Samstag für den Naturschutz einsetzen, die Pflegemaßnahmen betreiben. Ich würde Ihnen raten: Gehen Sie mal raus und arbeiten Sie einen Samstag dort mit, dann wissen Sie, was in dieser Akademie gemacht wird!

Frau Schulze Föcking, wenn Sie die Homepage diskreditieren, dann glaube ich: Sie kriegen einfach nicht mit, dass sich in diesem Land einiges bewegt.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Wenn hier einer etwas nicht mitkriegt, ist das der Minister!)

Es gibt immer mehr Bürgerinnen und Bürger, die sich für nachhaltigen Konsum einsetzen, und das

wird mit dieser Homepage transparent. Es ist ein Angebot zur Hilfe, zur Informationsweitergabe.

(Zuruf von Karl-Josef Laumann [CDU])

Sie diskreditieren die Bürgerinnen und Bürger, die sich so orientieren wollen. – Schönen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich möchte darauf hinweisen, dass die Landesregierung ihre Redezeit um zwei Minuten überschritten hat. Gibt es Wortmeldungen? – Bitte schön, Herr Kollege Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Man sollte ja meinen: Wenn man länger in der Politik unterwegs ist, dann müsste man sich eigentlich ein dickeres Fell zugelegt haben. Herr Minister Remmel: Getroffene Hunde bellen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Hier jedwede Kritik mit Geschrei und gespielter Empörung abzutun, das zeugt doch nicht von einem souveränen Umgang in der politischen Debatte.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Mir hier vorzuwerfen, wir würden die ehrenamtliche Arbeit diskreditieren, ...

(Minister Johannes Remmel: Aber sicher!)

– Aber, Herr Remmel, Entschuldigung. Wir sind hier mit Fünf-Minuten-Beiträgen unterwegs, und anders als Sie werde ich ja am Ende vom Präsidenten unterbrochen. Insofern sehen Sie es mir nach, wenn ich hier nicht immer von A bis Z jedes kleinste Detail aufliste.

(Minister Johannes Remmel: Sie sollten sich damit beschäftigen!)

Aber vor dem Hintergrund der aktuellen Haushalts-situation, Herr Minister, muss es auch erlaubt sein, Dinge zu hinterfragen, ohne dass die Gegenseite völlig aus der Haut fährt. Dann nimmt man sich natürlich mal ein, zwei spezielle Dinge heraus, bei denen man denkt – nehmen Sie das 100-Kantinen-Programm –: Müssen wir wirklich 300.000 € für so etwas ausgeben oder nicht?

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Minister Johannes Remmel)

Ist das wünschenswert, was da passiert? – Ja, natürlich ist das inhaltlich wünschenswert. Dagegen habe ich doch nichts. Aber das heißt doch nicht, dass ich die Berater diskreditiere, die jetzt die Beratung vornehmen, nur weil ich hinterfrage, ob die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler 300.000 € für eine Aufgabe übernehmen sollen, die doch jede

Kantine selber machen sollte. Also spielen Sie sich an dieser Stelle nicht so auf!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nehmen Sie doch die Auseinandersetzung an, setzen Sie sich mit der Kritik selber auseinander, aber tun Sie hier nicht immer so, als würde man alles und jeden diskreditieren, nur weil man nicht als Oppositionspartei jubelnd Ihrem Haushalt hinterherklatscht!

(Beifall von der FDP und der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege. – Mir liegen zum Abschnitt „Verbraucherschutz“ keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Herr Markert nimmt seine Zeit in Anspruch!)

– Ach, Entschuldigung. Das war hier nicht angekommen. – Herr Abgeordneter Markert, Sie haben das Wort.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Lieber Henning Höne! Zu dem Beispiel mit den Kantinen, das du jetzt zum zweiten Mal bemüht hast: Ich habe es bisher immer so verstanden, dass öffentliche Einrichtungen auch einen gewissen Vorbildcharakter haben. Es geht an dieser Stelle letztendlich darum, einen vorbildlichen Umgang mit Lebensmitteln und auch mit der Art des nachhaltigen Konsums, wovon der Minister eben gesprochen hat, zu entwickeln. Das kann man nicht einfach immer so diskreditieren. Denn würden immer so weitermachen und sagen, wir kriegen alles auf den Teller, was wir immer schon gehabt haben, dann blenden wir aus, dass wir eine riesige Lebensmittelverschwendung haben,

(Christof Rasche [FDP]: Geldverschwendung!)

auf die übrigens auch die scheidende Ministerin Aigner immer wieder zu Recht hingewiesen hat. Genau darum geht es: hier Angebote zu entwickeln, die dann Vorbildcharakter haben. Da, finde ich, sollten wir etwas vorsichtiger mit der Kritik sein.

(Zuruf von der CDU: 300.000 €!)

Da sollten wir im Grunde genommen gemeinsam an einem Strang ziehen. Darum geht es.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir sollten deswegen aufhören, immer nur pauschal „Mein Förmchen, dein Förmchen“ zu sagen, sondern den Vorbildcharakter herausarbeiten.

Ich will schließen mit einem Zitat, das ich hier schon einmal vorgetragen habe, von einem guten französischen Freund, der sagt: Ihr Deutschen habt die teuersten Küchen und verarbeitet die billigsten Lebensmittel; in Frankreich ist das umgekehrt. – Genau darum geht es. Es geht darum, zu prüfen, ob

wir da nicht andere Wege finden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Markert, bleiben Sie bitte hier. Es gibt eine Kurzintervention des Herrn Abgeordneten Laumann. – Herr Kollege Laumann, Sie haben das Wort.

Karl-Josef Laumann (CDU): Herr Kollege Markert, wir sind hier ja in einer Haushaltsdebatte. Die Frage muss doch erlaubt sein: Wie beurteilen wir staatliche Finanzierungen – sicherlich zum Beispiel auch für wünschenswerte Projekte – vor dem Hintergrund, dass wir für diesen Haushalt 2,4 Milliarden € aufnehmen?

Können Sie mir mit Blick auf Generationengerechtigkeit Recht geben, dass man jedes Einzelprojekt auch daran messen muss, ob es für unsere Gesellschaft so wichtig ist, dass wir dafür heute Kredite aufnehmen, die unsere Kinder bezahlen müssen?

(Beifall von der CDU und der FDP)

Da muss ich Ihnen sagen, dass meine Fraktion zu einer anderen Güterabwägung kommt. Wir sind zum Beispiel nicht der Meinung, dass unsere Kinder Kredite bezahlen sollen, um solche Programme, die bei den Kantinen zum Beispiel zurzeit durchgeführt werden, zu finanzieren. Wir sind auch der Meinung, dass unsere Kinder keine Kredite dafür zahlen müssen, dass staatliche Akademien Sensenkurse anbieten.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege Markert, bitte schön.

Hans Christian Markert (GRÜNE): Lieber Herr Laumann, wer wollte Ihnen widersprechen, dass der nachhaltige Umgang mit Geld, mit dem Geld der zukünftigen Generationen nicht ein gemeinsames Anliegen sein sollte? Glaubwürdiger wäre es allerdings, wenn Sie Beispiele bringen könnten und das auch glaubwürdig vorgelebt hätten.

Bezüglich des Umgangs mit Geld und der Förderprogramme, die Sie jetzt Herrn Rimmel vorwerfen und die auch Herr Höne in die Diskussion gebracht hat, fallen mir Beispiele aus Ihrer Regierungszeit ein, die wir jetzt einige Male beispielsweise im Umweltausschuss diskutiert haben. Ich will das nicht vertiefen, aber nenne nur das Stichwort Klausner-Verträge.

(Widerspruch von der CDU)

Den nachhaltigen Umgang mit Haushaltsmitteln müssen gerade Sie uns an dieser Stelle nicht vorklären. Ich könnte Ihnen, weil Sie in Berlin da-

bei gewesen sind, einen Koalitionsvertrag zu bauen, und sich als Sozialpolitiker eingebracht haben, noch Folgendes sagen: Ich finde es auch nicht richtig, für die zukünftigen Generationen die Rentenkasse zu bemühen, um daraus Finanzierungen für die jetzt lebende Generation zu machen. Das wäre besser steuerfinanziert worden.

(Beifall von den GRÜNEN und der FDP)

Spielen Sie sich hier bitte nicht zu jemandem auf, der dieser Regierung, die versucht, einen anderen Weg zu gehen, Nachhilfestunden geben muss! Sie hatten ihre Chance von 2005 bis 2010. Die haben Sie nicht genutzt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, mir liegen zum Thema „Verbraucherschutz“ keine weiteren Wortmeldungen mehr vor.

Ich rufe auf:

Teilbereich Landwirtschaft

Dazu gibt es die Wortmeldung von Frau Kollegin Schulze Föcking.

Christina Schulze Föcking (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeder Gang in den Supermarkt zeigt uns bereits im Eingangsbereich die breite Palette der Landwirtschaft. Das Angebot ist enorm groß. Auch die Erzeugnisse aus der Region nehmen immer mehr zu.

Wenn ich heimische Alternativen zu Spargel aus Peru habe, dann freue ich mich als Verbraucherin. Es ist schön und ökologisch sinnvoll, wenn die Äpfel von hier und nicht aus Kalifornien kommen

(Beifall von der CDU)

oder wenn die Weihnachtsbäume aus heimischem Anbau aus dem Sauerland stammen und nicht 2.000 km Autofahrt hinter sich haben, bevor sie in unsere weihnachtliche Stube kommen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Die Landwirtschaft ist ebenso vielfältig wie stark. Kaum eine Branche wird aber oft so unterschätzt. Die Wenigsten wissen, dass wir über 35.000 landwirtschaftliche Höfe und über rund 4.700 Gartenbaubetriebe verfügen. Zusammen mit dem vor- und nachgelagerten Bereich sowie der Ernährungswirtschaft werden 400.000 Arbeitsplätze gesichert.

In unserer Land- und Forstwirtschaft wird mit viel Liebe und Hingabe gearbeitet. Die Landwirte haben es verdient, für ihre Leistungen entsprechend gewürdigt zu werden. Wir können stolz darauf sein.

(Beifall von der CDU)

Gleichwohl können wir noch einiges verbessern. Daran müssten wir gemeinsam arbeiten. Aber stattdessen machen Sie, Herr Minister Remmel, hier in NRW den Alleingang. Jetzt – Achtung, Herr Minister! – wieder ein konkretes Beispiel: der Filtererlass. Ich bin bei Ihnen, dass eine Abluftwäsche sinnvoll sein kann, wenn wir beispielsweise die Nähe zum Wohnort haben oder die Belastungen zu groß werden.

Auf der anderen Seite aber wollen Sie möglichst die Offenstallhaltung. Da kommt jetzt die Krux. Wir hatten vor kurzem einen verzweiferten Landwirt im Landtag zum Gespräch im Arbeitskreis. Er schilderte uns, dass er gerne einen Schweinestall mit Offenstallhaltung bauen möchte. Aber aufgrund Ihres Erlasses hat er damit Probleme. Er bekommt die Genehmigung nicht. Die zuständigen Behörden sehen sich nicht in der Lage, die Emissionen zu berechnen, da diese nicht zentral abgeführt werden.

(Zurufe von der CDU)

Herr Remmel, Sie machen hier teure Programme, Erlasse, weil sie weg wollen von einer modernen Landwirtschaft, und parallel verhindern Ihre neuen Erlasse in der Praxis genau die Art der Tierhaltung, die Sie eigentlich fördern wollen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das ist nicht verständlich. Daher habe ich gemeinsam mit dem Kollegen Friedhelm Ortgies eine Kleine Anfrage gestellt:

„Inwieweit ist der Bau von Offenstall-Anlagen auch unter den Bedingungen des Filtererlasses möglich?“

Zitat aus der Antwort:

„Zurzeit wird seitens des Umweltministeriums geprüft, wie die Anforderungen des Erlasses vom 19. Februar 2013 zu Emissionsminderungen mit den tierwohlbezogenen Aspekten der offenen Haltungsform in Einklang gebracht werden können.“

Machen Sie sich nicht vorher darüber Gedanken, so im Vorfeld, und plant das durch? Nicht nur im Bereich des Verbraucherschutzes ist Ihre Politik chaotisch, sondern auch bei der Landwirtschaft.

(Beifall von der CDU)

Die Ausgaben Ihres Haushaltes steigen von 2010 bis 2014 von 745 Millionen € auf 921 Millionen €. Das entspricht einem Zusatz von 23 %. Zugegeben, Sie haben zwar mehr Aufgaben bekommen, aber rechtfertigt das diesen immensen Aufwuchs?

Die Landwirte bekommen auch durch Sie immer mehr Aufgaben. Aber wer gibt denen denn mehr Geld? Unsere Stärke in Nordrhein-Westfalen ist eine gute und breit aufgestellte Landwirtschaft. Es ist schön, dass wir einen wachsenden biologischen

Zweig haben. Ich freue mich, dass auch der moderne Sektor sich einer starken Beliebtheit erfreut. Wir müssen aber aufpassen, dass unsere familiengeprägten Hofstrukturen, die inhabergeführten Betriebe erhalten bleiben. Die Landfrauen, die Landwirte und auch die Landjugendgruppen prägen ganze Regionen.

Die Landesregierung hat daher die Aufgabe, diese Strukturen zu erhalten und zukunftsfähig zu entwickeln. Das erreichen Sie nicht, indem Sie die Regeldichte immer weiter erhöhen, immer mehr Aufgaben erlassen, die sich unsere Betriebe kaum noch leisten können.

Im Gegenteil – da wird es wieder so verrückt –: Sie riskieren einen Strukturwandel hin zu großen Strukturen mit Fremdinvestoren, denen es dann nur noch um finanzielle Belange und nicht mehr um das Wohl der Region geht.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Landwirtschaft in NRW muss auch zukünftig wettbewerbsfähig sein. Ein Hof braucht eine gesunde finanzielle Basis. Vielleicht sollten Sie sich daran bei Ihrem Haushalt für unser Land einmal ein Beispiel nehmen und parallel den Landwirten ein wenig mehr Vertrauen schenken.

(Anhaltender Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Kollegin Schulze Föcking. – Es ist schön, wenn man Fraktionsfans hat.

(Heiterkeit)

Für die SPD spricht nun Herr Kollege Sundermann.

Frank Sundermann (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Schulze Föcking, Sie haben damit geschlossen, dass Sie gesagt haben, wir sollten den Landwirten mehr vertrauen. Ich komme auch aus einer ländlichen Region; ich vertraue den Menschen schon. Nur muss ich sagen, wenn ich mir einige Dinge anschau, die sich, was die Landwirtschaft betrifft, auch in meiner Umgebung abspielen: Es geht eben auch nicht ganz ohne Kontrolle. – Ich denke, das muss man an dieser Stelle deutlich feststellen.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte hier und da einen etwas rationaleren Ton in diese – ich glaube, gespielt – aufgeheizte Debatte bringen.

(Zurufe von der CDU)

Im Haushalt stehen zwei aus unserer Sicht große Positionen, zu denen ich auch etwas ausführen möchte. Das eine ist die Verwendung der EU-Mittel und auch der Bundesmittel, und das andere ist die Agrarverwaltung.

Beginnen möchte ich mit den EU-Mitteln. Hier möchte ich noch einmal eine Sache anführen, die ich auch schon in meiner letzten Rede erwähnt habe: Aus Europa fließen auch in den nächsten Jahren 500 Millionen € in die Landwirtschaft: als Flächenprämie, als Direktzahlung, mit der Gießkanne über das Land verteilt. Jetzt ist der Kollege Wüst nicht da. Heute ist über die Breitbandförderung gesprochen worden. Was könnte man in diesem Land an Wirtschaftsförderung machen, wenn man diese 500 Millionen € anders einsetzen könnte?

Erlauben Sie mir das an dieser Stelle: Hat die Landwirtschaft das heute noch auf diesem Niveau notwendig? – Ich glaube nicht, dass das so ist. Wenn ich mir die Megatrends anschau, die die Landwirtschaft betreffen, denke ich, das müsste ein Wirtschaftszweig sein, der – ich sage mal – auf Sicht auch ohne diese Zahlungen auskommen kann. Was haben wir denn dort? – Wir haben opulente Zahlungen, die, sage ich mal, an nur minimale gesellschaftliche Anforderungen gebunden werden. Aber auch das habe ich hier schon einmal gesagt: Anscheinend ist das das Geburtsrecht der Landwirtschaft.

Meine Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle noch ein Wort zur Rolle der Landwirtschaft in diesem ganzen Prozess sagen: der gemeinsamen Agrarpolitik. Ich möchte – ich hoffe, dafür brauche ich nicht die Erlaubnis des Präsidenten – an dieser Stelle einmal meine Oma zitieren. Die war nämlich Westfale wie ich, und die hätte gesagt: Habt ihr gar nicht so schlecht gemacht.

(Beifall von der SPD)

Denn 90 % der Betriebe in Nordrhein-Westfalen profitieren zum Beispiel davon, dass die ersten Hektar einen höheren Mittelzufluss haben. Frau Schulze Föcking, das sind genau die Strukturen, die Sie eben angesprochen haben. Insofern war das, glaube ich, eine ganz wichtige Geschichte.

Das Zweite – das ist uns auch sehr wichtig –: Es gibt eine Umschichtung von der ersten zur zweiten Säule. Das ist durch einen gerechteren Verteilungsschlüssel zwischen den Bundesländern erreicht worden. Wozu das geführt hat, möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich sagen, weil eben über 80.000 € hier und 80.000 € dort gesprochen wurde. Herr Höne, ich finde es auch in Ordnung, dass Sie sich so in ein für Sie deutlich sachfremdes Thema einarbeiten.

(Zurufe von der SPD)

Aber an dieser Stelle möchte ich sagen: Wir haben hier einen Zuwachs auf 93 Millionen €. Das ist ein Plus von 38 %. Davon habe ich in diesem Hause noch nichts gehört. Das ist eine ganze Menge Geld. Wir reden so viel über Geld. Herr Laumann, dazu hätten Sie eben vielleicht auch etwas sagen können.

Die Frage ist jetzt: Was wird aus diesen Mitteln? – Die SPD sagt – das haben wir auch schon deutlich und häufiger erklärt –: Wir wollen mehr LEADER, wir wollen mehr Wertschöpfung im ländlichen Raum, und wir wollen hier auch eine Verzahnung mit den anderen Fonds der EU-Förderung. Wir würden uns wünschen, dass sich das in den operativen Programmen wiederfindet. Ich möchte hier nur die Themen „Demographie“ und „Pfleger“ nennen.

Der zweite große Agrarbereich, für den sehr viel Geld ausgegeben wird, ist die Agrarverwaltung. Davon habe ich hier bisher auch noch nichts gehört. Die Landwirtschaftskammer bekommt über den Daumen gepeilt 100 Millionen € vom Land für diese Aufgaben. Wir haben der Presse entnehmen können, dass dort Veränderungen stattfinden sollen, die zu mehr Transparenz führen. Wir erwarten dort eine Verdeutlichung der Trennung zwischen hoheitlichen und berufsständischen Aufgaben.

Schade finden wir, die SPD-Fraktion, dass die Herauslösung der Kontrolle der Düngemittelverordnung aus der Landwirtschaftskammer erst einmal auf Eis gelegt wird. Wir hätten uns wirklich gewünscht, dass das erfolgt. Wir werden sicherlich auch im weiteren Prozess dies mit in die Diskussion einbringen. Wenn man sich die Nitratgehalte im Grundwasserkörper in den Veredelungsregionen anschaut, erkennt man, dass das sicherlich genau der richtige Weg ist.

Für meine Fraktion kann ich sagen: Wir werden beide Prozesse, nämlich die Gestaltung der operativen Mittel – Programm bei den ELER-Mitteln – und die Struktur der Agrarverwaltung, konstruktiv, kreativ und auch motiviert begleiten. – Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Sundermann. – Für die FDP-Fraktion hat nun Herr Kollege Höne das Wort.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Sundermann, gerne fange ich mit einem Punkt an, den Sie angesprochen haben, nämlich die Verteilung der EU-Gelder: dass wir nicht nur insgesamt für Nordrhein-Westfalen mehr haben und dass es eine gerechtere Verteilung zwischen den Bundesländern gibt, sondern dass auch, im Gegensatz zu den ganz Großen, kleine und mittlere Betriebe davon profitieren.

Wir wollen ja auch loben, wenn etwas Gutes da ist, auch wenn ich mich als Westfale – wie Sie – mit überschwänglichem Lob immer schwertue. Nichtsdestotrotz können wir an dieser Stelle wirklich festhalten: Das ist nicht ganz schlecht gelaufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, trotz alledem ist in der Landwirtschaftspolitik in Nordrhein-Westfalen,

wie ich meine, leider eine starke Unterscheidung, eine Art Zweiklassenpolitik, festzustellen. Einerseits haben wir umfangreiche Fördermaßnahmen. Damit wird weiterhin alles getan, um die ökologische Kleinbauernidylle mehr und mehr einseitig zu privilegieren, zum Beispiel durch die Förderung der regionalen Vermarktung von Ökoprodukten. Gleichzeitig stellen wir aber fest, dass die Nachfrage bei Biolebensmitteln, aber auch bei regionalen Lebensmitteln das Angebot bei Weitem übersteigt.

Ich finde, das ist grundsätzlich sehr erfreulich. Das hatte ich in einem früheren Redebeitrag heute Abend auch schon einmal anklingen lassen. Ich frage mich aber: Wenn dem so ist, wenn die Nachfrage also so viel höher ist als das Angebot, müssen wir dann wirklich, auch wieder vor dem Hintergrund der Haushaltssituation des Landes, mit ganz speziellen Fördermitteln auf dieser Seite unterstützend tätig werden, oder würde sich das auch von alleine wunderbar regeln?

Andererseits begegnet in Nordrhein-Westfalen die konventionelle Landwirtschaft ständig und allgegenwärtig dem nur schlecht kaschierten Misstrauen des Ministeriums und des Ministers. Sehen können wir das zum Beispiel bei der Einführung des Verbandsklagerechts. Das führt zu einer massiven Verunsicherung bei den Landwirten, den Behörden und den kreditgebenden Banken, sodass wir schon jetzt feststellen können, dass aus Angst vor Klagen notwendige Investitionen zum Teil ausbleiben.

Zudem bin ich der Meinung, wie das auch schon die Kollegin Schulze Föcking festgestellt hat, dass Ihre Politik hier widersprüchlich ist. Der Filtererlass ist eben angesprochen worden. Wenn Sie mit kurzen Fristen arbeiten ohne Rücksicht auf individuelle Abschreibung auf das Alter der eigentlichen Anlagen und dann für viel Geld nachgerüstet werden muss, dann befeuern Sie das Prinzip wachse oder weiche.

Damit wir uns nicht falsch verstehen: Dass Neubauten auf dem Stand der Technik sein müssen, darüber gibt es überhaupt keine Diskussion, da haben wir keinen Dissens. Aber hinsichtlich der Frage, wie man mit den Leuten umgeht und wie man auch mit deren Vertrauen auf Recht und Gesetz zum Zeitpunkt der Investition umgeht, da haben wir wirklich Nachholbedarf.

Ein gegenseitiges Ausspielen der landwirtschaftlichen Produktionsarten hilft uns wohl auch nicht weiter, weil die verschiedenen Produktionsformen – konventionell und biologisch – sich doch gar nicht unversöhnlich gegenüberstehen. Vielmehr greifen die doch wie Zähne eines Zahnrades ineinander und ergänzen sich, und zwar auch für die Verbraucherinnen und Verbraucher. Wenn ein Zahn abbricht, hakt doch das ganze System.

Wir sollten daran arbeiten, dass wir alle landwirtschaftlichen Akteure stärken, nicht nur einseitig die Biobranche. Hier braucht es zum Beispiel Unterstüt-

zung bei der Bekämpfung von multiresistenten Bakterien – damit dürfen wir weder die Landwirte noch die Verbraucher allein lassen –, indem wir über wissenschaftliche Studien beispielsweise zum idealen Betriebsmanagement oder zum idealen Stallklima weiter vorankommen.

Sehr geehrte Damen und Herren, statt Misstrauen, Vorschriften und Regularien braucht es eine positive Landwirtschaftspolitik. Ziel dieser Politik muss es langfristig sein – so ähnlich habe ich Sie, Herr Kollege Sundermann, eben auch verstanden –, dass die Landwirtschaft unabhängiger von Subventionen wird, selbstständiger wird. Sie wird damit dann auch unabhängiger von der Politik und möglicherweise auch von wechselnden Mehrheiten. Dafür benötigen wir unter anderem bessere Preise für die entsprechenden Produkte. Ich denke, das erreichen wir auf der einen Seite durch die schon bestehende unglaublich hohe Qualität der hier produzierten Lebensmittel, aber es wird auch mehr Wertschätzung gebraucht.

Beim Thema „Wertschätzung“ komme ich auf einen Punkt zurück, der in einer der vorherigen Reden schon angesprochen worden ist, nämlich auf die Lebensmittelverschwendung. In Deutschland werden viel zu viele Lebensmittel weggeschmissen. Im Verhältnis geben die Deutschen zudem – auch das ist eben schon angeklungen – wenig Geld für Lebensmittel aus. Es gibt auch kaum ein Land auf dieser Welt, in dem es so viele Quadratmeter Verkaufsfläche von Discountern pro Einwohner gibt. Auch das kann einem zu denken geben.

Ich meine, wir sollten gemeinsam darauf hinarbeiten, dass Lebensmittel und deren Produktion und die Menschen, die an der Produktion beteiligt sind, mehr Wertschätzung erfahren, egal, ob die Produktion biologisch oder konventionell stattfindet, denn dann packen wir das Problem wirklich an der Wurzel. Mit der Politik des Misstrauens wird hier zu viel kaputtgemacht. Wenn man aber die ideologisch eingetübte Brille aufgesetzt hat wie Herr Umweltminister Rammel, dann sieht man eben diese Herausforderungen und diese Einseitigkeit nicht, und die notwendigen und überfälligen Konzepte können nicht erarbeitet werden.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Höne. – Für die grüne Fraktion spricht nun Kollege Rüße.

Norwich Rüße (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beiträge der Vorredner haben mir gezeigt, dass wir in der Tat die Probleme alle erkennen, aber wir doch sehr unterschiedliche Lösungswege sehen.

Herr Höne, ein Vorwurf ist vollkommen falsch, nämlich dass dieser Minister nicht für alle Landwirte da

wäre. Ich glaube, es ist genau umgekehrt: Sie versuchen einen Keil hineinzutreiben. Sie versuchen an dieser Stelle es so darzustellen, als ob es so wäre, dass sich dieser Minister nicht um die konventionelle Landwirtschaft kümmern würde.

Eines ist aber auch klar: Wir haben große Probleme, die eben auch mit der Form der Landwirtschaft, wie wir sie aktuell haben, zusammenhängen. Die Diskussion um Großmastanlagen wird uns weiter beschäftigen und damit zusammenhängend auch der Filtererlass.

Wen trifft aber der Filtererlass? Haben Sie sich den einmal genau angesehen? Der betrifft nur einen kleinen Teil der Betriebe, nämlich diejenigen Betriebe, die in eine Größenordnung von über 2.000 Schweinemastplätzen hineingewachsen sind. Das ist ein kleiner Anteil. Sie tun so, als wären das alle Betriebe, außer vielleicht die ökologischen Betriebe, weil die ja sowieso bevorzugt werden. Nein, der Minister hat hier eine konkrete Lösung vorgelegt.

Wenn es dann im Einzelfall hier ein Problem gibt, muss man sich genau ansehen, wie man das lösen kann. Vielleicht kann man es aber auch nicht lösen, weil in einer bestimmten Ortslage die Emissionen tatsächlich zu groß sind und es notwendig ist, wenn an der Stelle nicht ein Stall entsteht, der weitere Emissionen erbringt.

Wir haben weitere große Probleme, an denen man nicht vorbeikommt. Wir haben das Problem zunehmender Konzentration auf bestimmte Früchte. Da muss man gar nicht gleich von Monokultur reden, aber es ist doch deutlich, dass wir im Münsterland viel zu viel Mais haben. Wir haben das Problem ständig wachsender Gärresteberge und gleichzeitig wachsender Gülleströme. Das ist einfach so.

Kollege Sundermann hat ja eben auch schon angesprochen, dass die Nitratwerte wieder deutlich schlechter geworden sind. Wir hatten in den letzten 20 Jahren gedacht, mit den Wasserkooperationen, die uns jährlich 8 Millionen € kosten, befänden wir uns eigentlich auf einem guten Weg. Aber der landwirtschaftliche Intensivierungsprozess hat in wenigen Jahren dazu geführt, dass sich alles wieder gedreht hat. Das kann nicht in unserem Interesse sein. Dann kommen wir an einen Punkt, wo man kontrollierend und regulierend eingreifen muss. Es geht dann nicht anders. Da können Sie nicht sagen, wir lassen das alles laufen. Dann haben Sie keine andere Möglichkeit. Herr Papke, Sie grinsen verschmitzt, aber Sie stimmen mir an der Stelle sicher zu.

Ich will auch daran erinnern, als es in den letzten Jahren darum ging, wie wir die Güllmengen in den Griff bekommen, was alles seitens des Ministers getan worden ist. Bezüglich der Gülleimporte aus den Niederlanden hat es umfängliche Verhandlungen gegeben, um die wegzubekommen oder steuern zu können. Mit dem Herbstlerlass haben wir zudem

über die Regulierung erreicht, dass im Herbst nicht mehr die Güllefluten nach dem Motto anfallen, wir leeren einmal unsere Behälter, damit wir über den Winter auskommen.

Nein, die Gülle wird jetzt so eingesetzt, dass sie in der Vegetationszeit wirken kann und nicht ins Grundwasser absickert. Das war dann erst einmal vielleicht ein Alleingang von NRW. Wenn Sie aber einmal genau hinsehen, werden Sie sehen, dass die Abstimmung zwischen NRW und Niedersachsen, die dabei sehr wichtig ist, funktioniert. Damit gehen die beiden großen Veredelungszentren in Deutschland da Hand in Hand. Von daher ist auch das dann nicht mehr so zu sehen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Sternberg?

Norwich Rüße (GRÜNE): Ja, bitte.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Sternberg.

Prof. Dr. Thomas Sternberg (CDU): Danke schön, dass ich die Zwischenfrage stellen kann. Herr Rüße, Sie haben vorhin gesagt, dass im Münsterland der Maisanbau so zugenommen habe. Hat das vielleicht auch etwas damit zu tun, dass Ihre Parteifreundin, die damalige Ministerin Bärbel Höhn, den Landwirten gesagt hat, sie seien die Ölscheichs von morgen, und die Biogasanlagen massiv gefördert hat?

Norwich Rüße (GRÜNE): Lieber Herr Prof. Dr. Dr. Sternberg, ja, das hat einen gewissen Zusammenhang und den erkläre ich Ihnen jetzt. Frau Höhn hat auf Veranstaltungen immer Folgendes gesagt: Wir möchten angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Betriebe den Landwirten mehr Standbeine ermöglichen. Wir möchten, dass sie ökologischen Landbau machen können, dass sie ihre Produkte direkt vermarkten, dass sie Energiewirte werden. – Genau das hat sie gesagt. Sie hat sich das aber nie so vorgestellt, dass die Landwirte gleich alles auf einmal machen. Das ist das Problem, das wir im Münsterland haben.

Und schauen Sie einmal genau hin, seit wann wir den Bau der Biogasanlagen haben, seit wann es so geboomt hat. Das war nach Einführung des NawaRo-Bonus. Da sind nicht wir beteiligt, sondern Sie von der CDU waren beteiligt gewesen. Wir haben von 600 Biogasanlagen 200 allein in den Jahren 2009, 2010 bekommen. Das ist doch genau Ihr Verdienst.

Also, Bärbel Höhn hat den Landwirten neue Möglichkeiten empfohlen, aber Bärbel Höhn war nicht

verantwortlich dafür, dass es von der Landwirtschaft falsch umgesetzt worden ist.

Meine Damen und Herren, es ist gut, dass Sie das Problem angesprochen haben. Die Diskussionen um die Großmastanlagen, um die Biogasanlagen zeigen ja, dass sich Landwirtschaft immer stärker von ihrem Ursprung entfernt und wir auch immer größere Diskussionen über Landwirtschaft haben.

Wir begrüßen es deshalb ausdrücklich, dass wir einen zarten Einstieg in die europäische Agrarreform bekommen haben, dass Fruchtfolgen in der Landwirtschaft wieder mitgedacht, wenn auch nicht ausreichend umgesetzt werden müssen, und dass es ökologische Vorrangflächen geben wird. Das alles ist ein erster Einstieg und die Erkenntnis, dass Landwirtschaft bei Weitem nicht umweltgerecht genug ist.

An dieser Stelle möchte ich unserem Minister einen ausdrücklichen Dank aussprechen, dass er im Rahmen der AMK die Interessen unseres Bundeslandes – das ist eben auch ein paar Mal angesprochen worden – so gut vertreten hat, dass wir in der Tat bei den Mitteln der zweiten Säule deutlich zugelegt haben.

Insgesamt ist aus unserer Sicht der Agrarhaushalt gut aufgestellt, insbesondere die kleinen Bausteine, die Sie hier so kritisiert haben, an denen Sie sich so reiben, Herr Höne, wie beispielsweise das 100-Kantinen-Programm, die Infokampagne Ökolandbau. Das sind meines Erachtens genau die kleinen Bausteine, die uns perspektivisch voranbringen, wo Neues gedacht wird, wo neue Impulse hineinkommen. Von daher ist es wichtig und richtig, dass wir an der Stelle Dinge ausprobieren, anschieben und auch neue Wege gehen. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Rütze. – Für die Piratenfraktion spricht nun Frau Brand.

Simone Brand (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer! Heutzutage gibt es ja leider immer mehr Agrarfabriken statt Bauernhöfe, und das immer unter dem Vorwand, damit den Welthunger und den Klimawandel bekämpfen zu können. Landwirtschaftliche Großbetriebe sind ein grundsätzliches Problem.

Liebe Christina Schulze Föcking, wenn du gerade sagst, wir müssen den Landwirten vertrauen, schaue bitte gleich einmal bei „Spiegel online“ herein. Da gibt es aktuell einen Artikel: Massentierhaltung – Schweine-Barone setzen Tierschutzgesetze nicht um. Selbst Mindestbedingungen der Schweinehaltung werden missachtet. – Das zum Vertrauen, das ich dann gerne entgeg bringe.

Tiere werden nicht mehr als Lebewesen gesehen und behandelt, sondern nur noch als Renditemöglichkeit. Sie werden in riesigen Mastanlagen zusammengepfercht, möglichst schnell mit billigstem Futtermittel schlachtreif gemacht und anschließend durch die ganze Republik gekarrt, um in einem Großschlachthof zu verenden. Dieses industriell produzierte Produkt Tier kommt dann billig in unsere Supermärkte, damit wir Verbraucherinnen und Verbraucher täglich billiges Fleisch und billige Eier konsumieren können.

Für uns Piraten ist es an der Zeit, zum Nutzen von Tieren, Umwelt und Menschen einen grundlegenden Wandel in der Tierhaltung herbeizuführen. Wir fordern daher ein Verbot der industriellen Massentierhaltung und eine Verschärfung des Schutzes landwirtschaftlicher Nutztiere bei Haltung, Transport und Schlachtung.

Hier weise ich noch einmal auf unseren Änderungsantrag zur Lebensmittelsicherheit hin, in dem wir einen armutsfreien Mindestlohn von 9,77 € fordern. Wie sich die Höhe ergibt, steht im Änderungsantrag. Das können Sie bitte selbst nachlesen.

Ein sicheres und armutsfreies Beschäftigungsverhältnis sehen wir als eine wichtige Voraussetzung an, um Tierschutz sozusagen von der Geburt bis zur Schlachtung zu gewährleisten. Ich hoffe, das wird die zukünftige Bundesregierung erreichen mit der geschätzten Teilnahme der SPD.

Das gilt ebenso für die Durchsetzung eines bundesweiten Verbandsklagerechts für Tierschutzverbände, das hier in NRW auch schon mit der SPD in der Regierungskoalition durchgesetzt wurde. Eine mutige Durchsetzungskraft für die obengenannten Forderungen erhoffen wir von den regierungsstellenden Parteien hier in NRW und im Bund.

Die Landesregierung will die Standards zum Schutz der Tiere weiter voranbringen, aber natürlich erst einmal vorwiegend auf Bundesebene. Das kann sie mit großer Wahrscheinlichkeit in NRW und im Bund tun, nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten, zum Beispiel indem sie unseren Gesetzentwurf über das nichtgewerbliche Halten gefährlicher Tiere wildlebender Arten einfach abschreibt – denn einfach zustimmen wird ja leider wieder nicht möglich sein -, damit sie dann die übriggebliebene Energie und Zeit, die für einen eigenen Entwurf nötig wären, für einen effektiven und tatkräftigen Tierschutz einsetzen kann.

Neben den notwendigen Gesetzen und Richtlinien zur Haltung von Tieren muss es effizientere Kontrollen geben, um die Einhaltung sicherzustellen. Die Kontrollergebnisse müssen den Verbrauchern zur Verfügung gestellt werden, damit sie die Informationen haben, um für sich und die Tiere die richtigen Entscheidungen treffen zu können.

Vizepräsident Oliver Keymis: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Simone Brand (PIRATEN): Nein, heute nicht.

Wir haben dazu die vollständige Erfassung der Medikation und eben nicht nur von Antibiotika in der Tieraufzucht gefordert. Die dazu notwendige Datenbank, in der sämtliche Medikamentengaben im Rahmen der Tierzucht erfasst wurden, halten wir für dringender denn je.

Für die Landwirtschaft wünschen wir uns den Ausbau und eine stärkere Förderung bäuerlicher und ökologisch-wirtschaftlich ländlicher Betriebe. Auch wir möchten kleine und mittlere landwirtschaftliche Betriebe stärker gefördert sehen und pochen auf die Einhaltung der europäischen Greening-Quote, die von der neuen Bundesregierung hoffentlich umgesetzt und großzügig gefördert wird.

Wir Piraten fordern, dass künftig keine öffentlichen Gelder in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung in den Bereichen Klima, Umwelt, Natur sowie Tier- und Artenschutz vergeben werden. Diese Forderungen sind nicht weit von denen der nordrhein-westfälischen Regierungskoalition entfernt. In einer Presseerklärung hat Minister Rimmel als Leitprinzip formuliert: öffentliche Gelder für öffentliche Güter. – Hoffentlich nicht nur für den Bund, sondern auch für Nordrhein-Westfalen. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Frau Brand. – Nun spricht der zuständige Minister, Herr Rimmel.

Johannes Rimmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen eine starke und nachhaltige Landwirtschaft im Einklang mit der Natur und mit Tierrechten, die gewachsenen gesellschaftlichen Ansprüchen genügt.

Das bedeutet für uns eine stärkere Orientierung des Haushaltes in Richtung Öko und Regionalität. Wir wollen artgerechte Nutztierhaltung. Wir wollen die Landwirte als Energiewirte stärken. Wir wollen, dass Landwirte noch mehr Verantwortung für unser Naturerbe übernehmen können. Und wir wollen auch die langfristige Förderung der lebenswerten ländlichen Räume, der Heimat in unserem Land. Das sind die Leitlinien. So orientiert sich auch die Haushaltspolitik.

Deshalb bin ich den Regierungsfractionen dankbar, dass sie so intensiv unsere Bemühungen, die Umsetzung der europäischen Agrarpolitik national zu gestalten, verfolgt und begleitet haben. Sie haben uns massiv unterstützt.

Ganz im Gegenteil die Opposition: Sie haben keinen Beitrag dazu geleistet, bäuerliche Landwirtschaft und die vielen mittleren und kleinen Betriebe in Nordrhein-Westfalen zu stärken, sondern Sie haben Positionen bezogen, die nicht den Interessen nordrhein-westfälischer Landwirtschaft entsprechen. Aber ich freue mich über Unterstützung, wenn es darum geht, das in Nordrhein-Westfalen konkret umzusetzen.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu Argumenten, die Ihrerseits gefallen sind. Ich habe mir es bewusst für diese Stelle aufgespart, Herr Laumann und Herr Höne, über das 100-Kantinen-Programm zu sprechen. Denn es gehört gar nicht in den Verbraucherschutz, nicht dahin, wo vermutet wird, dass wir Interessen von Verbraucherinnen und Verbrauchern bedienen. Es geht ganz schlicht um Absatzförderung. Das ist nämlich das Problem, Herr Höne – ich mache Ihnen das klar –, wenn Sie über regionale Vermarktung sprechen.

In Nordrhein-Westfalen wollen immer mehr Menschen ökologische Lebensmittel. Immer mehr Menschen wollen regionale Lebensmittel. Aber wir können sie am Markt nicht bedienen, weil beide nicht zusammenkommen, weil die Strukturen nicht stimmen.

(Daniel Sieveke [CDU]: Falsch!)

Wo treffen sich die Interessen? – Beim Mittagessen. Immer mehr Menschen wollen sich außer Haus verpflegen. Ihre Anzahl hat um ein Drittel zugenommen. Gerade Kantinen haben keine Strukturen, durch die sie regionale und ökologische Lebensmittel beziehen können. Deshalb handelt es sich hierbei um Absatzförderung für unsere Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen,

(Daniel Sieveke [CDU]: Klar!)

die regional und ökologisch produzieren will. So einfach ist das. Das ist Wirtschaftsförderung im besten Sinne.

(Daniel Sieveke [CDU]: Das glauben auch nur Sie!)

Da bitte ich Sie um Unterstützung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Schulze Föcking, es ist schon abstrus, wenn Sie in einer Plenardebatte zum Haushalt der Landwirtschaftspolitik Einzelbeispiele zum Gegenstand der Debatte machen.

(Zurufe von Christina Schulze Föcking [CDU] und Rainer Deppe [CDU])

Worüber reden wir? Ich will das den Kolleginnen und Kollegen darstellen, damit sie wissen, worüber sie reden. Wir sprechen über Betriebe ab 2.000 Mastplätzen, wenn es um den Filter geht. Das sind 3 % der Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Dann geht

es noch um einen Spezialfall, nämlich um Betriebe mit mehr als 2.000 Mastplätzen in Offenstallhaltung.

(Zuruf von Christina Schulze Föcking [CDU])

Worüber reden wir eigentlich im Parlament?! – Wir sollten uns mit den zentralen Fragen beschäftigen; das sind 90 % der kleinen und mittleren Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Dafür machen wir Politik, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zu:

Teilbereich Klimaschutz

Das Wort ergreift für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kufen.

Thomas Kufen (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fünf Minuten für den Klimaschutz – das hört sich fast so an wie: mal eben die Welt retten und nochmal die E-Mails checken.

(Christof Rasche [FDP]: Wollen die Umweltpolitiker noch mehr Zeit? Das ist ja unglaublich!)

Wir können in den fünf Minuten nur Themen antippen. Wenn man sich gleichwohl den Haushalt des Klimaschutzministers anschaut und nach Klimaschutz-Haushaltstiteln sucht, fällt einem eigentlich nur der Kauf von Emissionszertifikaten auf. Dafür haben Sie 115.000 € in den Haushalt eingestellt, die durch die Nutzung von Flugzeugen oder Autos für Dienstreisen der oberen Landesbehörden entstandene Verschmutzung kompensieren sollen – Seite 122, Einzelplan 10.

Ich habe mir einige Mühe gemacht. Das ist wahrscheinlich wie der Vergleich von Äpfeln und Birnen, aber gleichwohl mache ich Ihnen einmal die Rechnung auf: Der Handelspreis für CO₂-Zertifikate liegt aktuell am Spotmarkt der EEX bei 4,41 € pro Tonne. Sie können also mit den 115.000 € im Jahr 2014 CO₂-Zertifikate für 26.000 t kaufen.

Sie könnten es aber auch anders machen. Sie könnten Ihren Widerstand gegen Datteln 4 aufgeben, und Sie würden jeden Monat 100.000 t CO₂ sparen.

(Beifall von der CDU)

Es gibt also auch andere Entscheidungen, die gut für das Klima sind.

Ihr zentrales Instrument in der Klima- und Energiepolitik ist Ihr Klimaschutzgesetz. Ich brauche an dieser Stelle nicht auszuführen, dass wir das nicht tei-

len. Wir teilen die Herangehensweise mit der Inselösung nicht. Wir teilen nicht die Arbeitsweise. Gleichwohl gibt es dieses Klimaschutzgesetz, aber es gibt noch keinen Klimaschutzplan. Wir werden uns am kommenden Montag genau anschauen, wie sich bisher der Dialogprozess und die Konzeptionsphase entwickelt haben.

Insofern: Bisher ist noch keine richtige Masse da. Aber Sie werden Ihre Rede sicherlich gleich nutzen, um sich kräftig dafür ins Zeug zu legen und zu betonen, was bisher Tolles passiert ist, obwohl wir immer noch in der Konzeptions- und Dialogphase stecken.

Keine Frage, für uns ist Klimaschutz wichtig. Das Gebot der Politik ist Nachhaltigkeit, ist die Bewahrung der Lebensgrundlagen. So verstehen wir unsere Ansätze in der Energiewende. Sie sollen dazu führen, die Umwelt und das Klima zu schützen und gleichzeitig als Industrienation gestärkt aus der Energiewende herauszukommen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen. Daran sollten wir keinen Zweifel lassen. Wir haben bei der Energiewende zwar das Basislager verlassen, jedoch noch eine lange Wegstrecke bis zum Gipfel vor uns. Das EEG ist ein Erfolg. Aber wir müssen feststellen, bei der Wanderung dorthin haben uns einige mittlerweile offenbar Steine in den Rucksack gelegt. Deshalb ist es gut, wenn wir mit Blick auf die neue Bundesregierung jetzt zu einer Revision und Erneuerung des Erneuerbare-Energien-Gesetz kommen.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Minister Johannes Remmel)

Insofern brauchen wir Augenmaß, um die Interessen Nordrhein-Westfalens als Teil einer großen Industrienation zu berücksichtigen. Wir werden unsere Klimaschutzziele und energiepolitischen Ziele nicht gegen die Wirtschaft, sondern nur mit ihr erreichen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wir haben auch festgestellt, dass sich die Unternehmen längst auf den Weg gemacht und belegt haben, dass Wachstum und Energieeffizienz kein Widerspruch sind. Das Bruttoinlandsprodukt ist seit Anfang der 90er-Jahre um ein Viertel gestiegen. Gleichzeitig haben wir unsere Treibhausmissionen um rund ein Viertel senken können. Das ist mehr als das Kyoto-Protokoll vorgesehen hat.

Das heißt, es ist uns gelungen, die Energieproduktivität der deutschen Wirtschaft seit 1992 um fast 40 % zu steigern. Auch das ist ein Erfolg. Er hilft dem Klima, aber eben auch der heimischen Wirtschaft. Deshalb lassen Sie uns gemeinsam dieses Generationenprojekt aus dem Dreieck Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit bilden und beherzt annehmen.

Ich habe den Eindruck, die Konflikte in diesem Hause sind durch die Große Koalition nicht kleiner, sondern größer geworden. Gleichwohl gibt es Dinge, die wir als Nordrhein-Westfalen einzubringen haben. Mit Blick auf die Landesregierung ist mein Eindruck, Länder in Norddeutschland und Süddeutschland verstehen es besser und cleverer, ihre Ziele durchzusetzen. Insofern brauchen wir einen breiten Schulterchluss für die Klima- und Energiepolitik. Wir sind dazu bereit. Sicherlich wird die Debatte im nächsten Jahr etwas anders verlaufen, wenn uns der konkrete Klimaschutzplan auf dem Tisch liegt. Dann wird es nicht nur ein Warm-up geben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Kollege Kufen. – Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Thiel das Wort.

(Zuruf von der SPD: Jetzt geht es los! Jetzt kommt was!)

Rainer Christian Thiel (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kufen, bei den Metaphern „in die Brust werfen“ und „ins Zeug legen“ hat sich bei mir leider kein Bild eingestellt, weil ich nicht so genau weiß, was Sie damit sagen wollen. Das ist das Wesentliche, was von Ihrer Rede bei mir hängengeblieben ist.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Vielleicht wird es noch konkreter.

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, beim Klimaschutz ist längst nicht mehr die Frage ob, sondern wie wir Klimaschutz wirkungsvoll gestalten. Klimaschutz muss organisiert werden. Er braucht nachhaltige Strategien und Maßnahmen, er braucht verbindliche Zwischenziele und Entwicklungspfade, um wirksam zu sein. Klimaschutz kann nicht dem Zufall überlassen werden oder sich in Erwartungen anderen gegenüber erschöpfen.

Es ist daher gut und richtig, dass sich NRW seiner Verantwortung stellt und – so steht es im Klimaschutzgesetz – einen großen Beitrag leisten will, um die bundesdeutschen Klimaschutzziele zu erfüllen. Dazu gehören auch Maßnahmen zur Anpassung an den schon stattfindenden Klimawandel.

Das Klimaschutzgesetz schafft die rechtlichen Grundlagen für die Erarbeitung und Umsetzung von Emissionsminderungs- und -anpassungsmaßnahmen.

Bestandteil des Klimaschutzgesetzes ist der Klimaschutzplan, der derzeit beteiligungsorientiert erarbeitet wird. Arbeitsgruppen erarbeiten in der Konzeptionsphase Vorschläge zu Handlungsfeldern, Strategien und Maßnahmen. In einer weiteren Phase gibt es eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit,

die auch Empfehlungen aussprechen kann. Es folgt die Erstellung des Klimaschutzplanes durch die Landesregierung. Beschließen muss dann der Landtag.

(Beifall von Jochen Ott [SPD])

Wir haben mit dem Klimaschutzgesetz klare Erwartungen an den Klimaschutzplan benannt. Die Treibhausmissionen sollen bis 2025 um mindestens 25 % und bis zum Jahr 2050 um mindestens 80 % im Vergleich zu 1990 verringert werden.

Beim Klimaschutzplan wollen wir die Wirkungsbeiträge und Wechselwirkungen von Instrumenten zur Emissionsminderung auf europäischer Ebene und Bundesebene darstellen und berücksichtigen. So steht es in der Begründung zum Klimaschutzplan. In Berlin stehen gerade Veränderungen dazu an, die auch uns erreichen und die wir mit einbeziehen werden.

Mit dem dialogorientierten Teilnahmeverfahren zum Klimaschutzplan in NRW und mit unseren Minderungszielen liegen wir richtig. Das zeigt auch der schwarz-rote Koalitionsvertrag auf Bundesebene. Darin wurde festgelegt, die Ziele der Treibhausgasminderung in einem breiten Dialogprozess mit Maßnahmen zu unterlegen, das heißt mit einem Klimaschutzplan.

Wir werden den Maßnahmenrahmen haben, der uns die Verlässlichkeit des Weges zu erneuerbaren Energien auf Bundesebene gibt, wie wir es in NRW immer gefordert haben.

Der industrielle Wandel in unserem Land soll nachhaltig auf Klimaschutz, Ressourcen, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit ausgerichtet werden. Alle in diesem Hause sind sich darüber einig: Er umfasst gleichberechtigt die drei Teile Umwelt- und Klimaschutz, Ökonomie und soziale Auswirkungen. Wir wissen: Unsere Industrie ist dabei Teil der Lösung und nicht Teil des Problems.

(Beifall von Thomas Kufen [CDU])

So steht es im rot-grünen Koalitionsvertrag.

Der Klimaschutzplan ist nicht der einzige Bereich, in dem es um nachhaltige Entwicklung für unser Land geht.

Wir haben die Enquetekommission zur Zukunft der Chemie in Nordrhein-Westfalen. Dabei geht es um Themen wie alternative Rohstoffe, umweltverträgliche Produktionsverfahren und Werkstoffe, neue Speichertechnologien in der Elektrochemie, die Nachahmung umweltschonender natürlicher Prozesse in der Industrie sowie die Zukunft der Wasserstofftechnologie.

Wir haben auch die Innovationsregion Rheinisches Revier, die „IRR“. Wir wissen alle, dass die Braunkohle endlich ist. Darum müssen wir uns schon jetzt um den Strukturwandel in dieser Region kümmern. Das hatten wir bereits im Koalitionsvertrag aus dem

Jahre 2010 festgeschrieben. Wir erwarten von Berlin Unterstützung. Die sehen wir im schwarz-roten Koalitionsvertrag gegeben.

Der Landtag hat zur parlamentarischen Begleitung der Erstellung eines Klimaschutzplanes einen Unterausschuss gebildet. Am Montag werden dort die Ergebnisse vorgestellt. Wir freuen uns auf eine umfangreiche und detaillierte Darstellung. Mit den Ergebnissen müssen wir parlamentarisch umgehen, denn wir tragen die Entscheidungsverantwortung für das Vorhaben, für die Vorgaben des Klimaschutzplanes, denn der Landtag wird das beschließen.

Die Landesregierung wird dann ermächtigt, durch Rechtsverordnung die Vorgaben des Klimaschutzplanes für öffentliche Stellen für verbindlich zu erklären und in die Raumordnungspläne einzuarbeiten, sofern diese raumbedeutsam sind. Es ist also wichtig, die Vorschläge und Maßnahmen der Arbeitsgruppen und weiterer Teilnehmer aus dem Dialogverfahren zu einem konkreten, wirksamen und finanzierbaren Konzept zusammenzubringen. Dabei spielt auch das Konzept der klimaneutralen Landesverwaltung eine vorbildhafte Rolle.

Meine Damen und Herren, schon jetzt sind viele Akteure in NRW aktiv beim Klimaschutz. Gerade unsere Städte und Gemeinden sind selbst beim Klimaschutz aktiv geworden. Dies wollen wir unterstützen und stärken. Der Einzelplan 10 mit dem Abschnitt Klimaschutz bietet dafür die Voraussetzungen. Wir bitten um Zustimmung.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Thiel. – Nun spricht für die FDP-Fraktion Herr Höne.

Henning Höne (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Richtig ist, dass wir, wie Kollege Thiel es gerade sagte, beim Klimaschutz nicht über das Ob, sondern über das Wie sprechen. Wir unterhalten uns also insbesondere über den Weg und nicht so sehr über das Ziel.

Auf den Weg hat sich NRW ein Stück weit mit dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzplan gemacht. Ich habe an dieser Stelle immer wieder gesagt, dass ich es für einen Irrweg halte, wenn wir hier versuchen, mit einem eigenen Klimaschutzgesetz so zu tun, als wären wir eine Insel. Jeder in NRW kann – und ich sage es ganz deutlich –, jeder in NRW sollte seinen Beitrag zu mehr Klimaschutz leisten. Aber das Klimaschutzgesetz und den Klimaschutzplan brauchen wir dafür nicht.

(Beifall von der FDP)

Unser Vorschlag war, zunächst einmal CO₂-Einsparpotenziale zu ermitteln und daraufhin in einem zweiten Schritt ambitionierte Ziele festzulegen.

Sie machen das andersherum: Sie haben ein eigenes landesweites Klimaschutzgesetz mit gesetzlich fixierten Zielen vorgegeben, ohne gerade bei den langen Zeiträumen, über die wir sprechen, zu wissen, ob die Technologien der Zukunft überhaupt zur Zielerreichung ausreichen oder ob wir die Ziele vielleicht sogar noch übertreffen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist und bleibt der falsche Weg, der hier in NRW aber von Rot-Grün so gegangen wird.

Zwei Beispiele aus den Arbeitsgruppen, die im Rahmen der Erarbeitung des Klimaschutzplans tagen, möchte ich ansprechen. Herr Minister Rimmel, bevor Sie mir das gleich wieder vorwerfen, schiebe ich schon einmal vorweg: Damit will weder ich, noch will die FDP-Landtagsfraktion irgendwelche Teilnehmer der Arbeitsgruppen diskreditieren oder deren Engagement in diesem Bereich kleinreden. Das Gegenteil ist der Fall: Dort wird unheimlich viel und unheimlich hart gearbeitet und sehr intensiv getagt.

Aber trotz alledem müssen wir uns hier durchaus mit Zwischenergebnissen und Vorschlägen auseinandersetzen, die in diesem doch recht großen und aufwendigen Prozess zusammenkommen.

Die AG 6 schlägt zum einen als Maßnahme die Einrichtung öffentlicher Trinkwasserstellen vor. – Beim besten Willen können wir damit weder das Klima in NRW noch auf der Welt retten. Diese Maßnahme ist sicherlich durchaus wünschenswert; sie stellt ein nettes Gimmick dar. Das finde ich auch in Ordnung, aber das Klima retten wir damit nicht.

Ein anderer Vorschlag ist das „Urban Gardening“. Das Ziel ist, so die Arbeitsgruppe, einen Beitrag zur Entwicklung ressourcenschonender Freizeitaktivitäten zu leisten. Auch dazu sage ich grundsätzlich: Über solche Dinge und Projekte aufzuklären und sie entsprechend bekannt zu machen, ist immer gut und richtig. Wir müssen uns aber schon fragen, ob das wirklich der ganz große Wurf ist, der bei diesem doch sehr umfassenden und umfangreichen Beteiligungsprozess zum Klimaschutzplan herauskommen sollte, oder ob das nicht doch auch etwas zu kleines Karo ist.

Ich freue mich übrigens, dass die SPD im Bund in Bezug auf den Klimaschutzplan insofern augenscheinlich unserer Meinung ist, als im gestern vorgestellten Koalitionsvertrag von Union und SPD auf ein Klimaschutzgesetz mit gesetzlich verbindlichen Zielen als solches verzichtet wird. Stattdessen will man es im Bund so halten, wie wir es auch für NRW gefordert hatten. Schön, dass NRW also doch noch eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz hat. In Berlin hat man nämlich immerhin aus den hier von Rot-Grün gemachten Fehlern gelernt. Für NRW ist es nun leider an dieser Stelle zu spät.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Eller-

brock? Sagen Sie nicht nein; das würde mich überraschen.

Henning Höne (FDP): Bitte sehr.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Kollege, Sie sprachen eben die Konzeption der Einrichtung öffentlicher Trinkwasserentnahmestellen an, die im Sinne des Klimaschutzes wohl eine besondere Bedeutung haben. Haben das Ministerium oder die Arbeitsgruppe dabei auch die hygienischen und die arbeitsärztlichen Erfordernisse berücksichtigt, nämlich durch zusätzlichen Einsatz von Desinfektionsmitteln? Denn diese Einrichtungen sind öffentlich zugänglich. Dort kann jeder trinken. Die Verschmutzungsfahrer ist ganz erheblich, sodass die seuchenhygienischen Punkte eigentlich im Zentrum stehen müssten – und das unter Berücksichtigung des Klimaschutzes bei dem Einsatz von Desinfektionsmitteln. Wie sehen die Korrelationen aus? Könnten Sie dazu noch ein paar Ausführungen machen?

Vizepräsident Oliver Keymis: Damit ist der Abend gerettet. Antworten Sie bitte auf die Frage, die gestellt worden ist, und nicht auf alle Fragen. Danke schön.

Henning Höne (FDP): Auf welche denn, Herr Präsident?

(Heiterkeit von Lutz Lienenkämper [CDU])

Vizepräsident Oliver Keymis: Das können Sie frei entscheiden. Sie sind ein frei gewählter Abgeordneter. Bitte schön.

Henning Höne (FDP): Ich habe gerade beim Überlegen schon einmal aus der nichtöffentlichen Trinkwasserentnahmestelle am Rednerpult einen Schluck genommen.

Herr Kollege Ellerbrock, welche genauen Auswirkungen das auf das Klima hat – sowohl positiv wie möglicherweise auch negativ –, ist im Moment noch nicht festgestellt.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ich habe es gut gemeint!)

Es ist, glaube ich, durchaus ein gewisses Problembewusstsein vorhanden; das ist den Arbeitsgruppen zu entnehmen. Aber am Ende des Tages wird dann der endgültige Klimaschutzplan vom Ministerium, von der Landesregierung vorgestellt. Insofern würde ich vorschlagen: Harren wir der Dinge und schauen wir mal, was aus diesem einzelnen Vorschlag wird und wie sich das hinterher in der Schlussbilanz auswirkt.

(Zustimmung von Holger Ellerbrock [FDP])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, an einen Punkt möchte ich gerne noch einmal erinnern, der gerade schon von Herrn Thiel kurz angesprochen worden ist, nämlich an den Unterausschuss Klimaschutzplan. Der wurde – so viel Ehrlichkeit muss sein – erst auf Druck der Opposition eingerichtet.

(Jochen Ott [SPD]: Quatsch! – Norbert Meesters [SPD]: Das hätten Sie gerne!)

Wir waren es, die stets gefordert haben, dass das Parlament, Herr Meesters, auch inhaltlich eingebunden werden muss. Ursprünglich war vorgesehen, dass der Klimaschutzplan mit all den Beteiligten erarbeitet wird. Herr Minister Remmel sagte mal, Sie hätten sich bemüht, alle wichtigen Akteure beim Klimaschutzplan einzubinden. Dann sollte er am Ende ins Parlament gehen, und wir hätten Ja und Amen sagen können. Es wäre also um das Abnicken des fertigen Projekts gegangen.

Ich glaube, dass das zu wenig gewesen wäre. Deshalb bin ich persönlich sehr froh, dass wir den Unterausschuss haben, der langsam Fahrt aufnimmt. Und ich möchte die Gelegenheit noch einmal ergreifen, auch an uns selber – ich schließe uns dabei natürlich ein – zu appellieren, diesen Unterausschuss intensiv zu nutzen, um uns an den weiteren Phasen der Erarbeitung des Klimaschutzplans intensiv – nicht nur von außen, sondern mittendrin – inhaltlich zu beteiligen und mitzumischen, damit wir uns von vornherein mit dessen Inhalten auseinandersetzen. Ich glaube, als Parlament darf es uns bei einem so wichtigen Thema nicht reichen, sich nur ganz am Anfang zu bemühen und ganz zum Schluss nur noch Ja oder Nein zu sagen.

Sowohl für die Arbeitsgruppen als auch für uns bleibt noch viel zu tun. Wir müssen nur aufpassen, Herr Minister Remmel, dass vor dem Hintergrund der Beispiele aus den Arbeitsgruppen, die hier und da genannt worden sind, aus Ihrer Lieblingsüberschrift „Klimaschutz made in NRW“ am Ende nicht „Klima Klein-Klein made in NRW“ wird. Denn damit erreichen wir die Klimaschutzziele nicht. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Höne. Bleiben Sie bitte am Pult. Herr Kollege Priggen hat eine Kurzintervention angemeldet. – Bitte schön, Herr Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Schönen Dank, Herr Präsident! – Ich habe eine Frage. Es scheint ein Muster bei Ihnen zu sein, immer einzelne, exotische Beispiele aus Arbeitsgruppen zu nennen, die sich dadurch auszeichnen, dass sie offene Arbeitsgruppen sind, in denen jeder einen Vorschlag machen kann. Die muss man nicht alle umsetzen, aber Sie diskreditieren permanent einen Prozess, indem Sie sich irgendetwas herausgreifen, das möglicher-

weise nachher überhaupt keine Relevanz mehr hat, und meinen, das sei ein qualifizierter Beitrag zu der Frage, ob bei der Klimaschutzdebatte etwas herauskommt. Eigentlich ist das unter dem fachlichen Niveau, das Sie hier bringen könnten.

Dass Sie das immer wieder machen, kann ich gar nicht nachvollziehen. Und dass der Kollege Ellerbrock, weil er vielleicht nicht reden durfte, mit einer solchen Kaspernummer auch noch einsteigt und die Seuchen- und Hygienewerte von Trinkwasserstellen thematisiert, hat nichts mit Ernsthaftigkeit zu tun, mit der man abwägt, was eigentlich notwendig wäre. Ehrlich gesagt ist das nur noch peinlich.

(Beifall von den GRÜNEN)

Henning Höne (FDP): Herr Kollege Priggen, ich meine schon, dass es das gute Recht der Opposition ist, anhand solcher Einzelfälle eine gewisse Struktur aufzuzeigen und sich damit zu beschäftigen. Die große Grundsatzdebatte zum Thema „Klimaschutzplan“ und „Klimaschutzgesetz“ haben wir doch oft genug geführt. Das können wir gerne noch ein paar Mal machen. Ich glaube aber, dass uns das nicht weiterbringen würde.

Ich habe Ihnen ein, zwei Beispiele mitgebracht, um damit aufzuzeigen, dass wir sehr genau aufpassen müssen, und zwar unter anderem gemeinsam im Unterausschuss Klimaschutzplan, damit am Ende auch wirklich etwas dabei herkommt, mit dem wir arbeiten können, und nicht etwas, das es nicht sowieso schon in vielerlei Vorschlägen gegeben hat. Fragen Sie doch einmal die Teilnehmer aus der Arbeitsgruppe für Wirtschaft. Die werden Ihnen dann sagen: Es ist schön, dass wir hier zusammengesessen haben, aber etwas bahnbrechend Neues hat es nicht gegeben. Das hätten wir auch eine Nummer kleiner haben können.

Und deshalb sage ich noch Folgendes angesichts von 3 bis 4 Millionen €, womit wir wieder bei den Steuergeldern wären – ich weiß, dass die bei Ihnen etwas lockerer sitzen als bei uns, aber das müssen Sie uns auch zugestehen –: Wenn wir für 4 Millionen € ein Beteiligungsverfahren aufsetzen würden und dann am Ende – deshalb sagte ich, wir müssen aufpassen – öffentliche Trinkwasserbrunnen dabei herümkämen, dann, glaube ich, wäre das falsch und schlecht investiertes Geld gewesen, und wir hätten besser aufpassen müssen. Darauf habe ich hingewiesen. Und das hat dann nichts mit fehlender Fachlichkeit zu tun, lieber Herr Priggen, sondern einfach mit einer politischen Auseinandersetzung und dem Aufzeigen kleiner Schwächen, an denen wir arbeiten können.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Höne. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Es wundert mich schon, welche unterschiedlichen Standpunkte man heute zu hören bekommt. Heute Morgen hat Herr Brockes noch die Wirtschaft gegen den Klimaschutz ausgespielt. Jetzt sagt Herr Höne, es gehe nicht darum, ob wir den Klimaschutz wollen, sondern wie. Und dann kommen noch weitere abstruse Dinge ans Licht. Ich gehe gerne noch einmal auf ein, zwei Aspekte ein.

Einen Punkt hat Herr Priggen gerade schon einmal angesprochen. Ich möchte aber noch einen Aspekt hinzufügen. Sie haben einzelne Punkte aus den Arbeitsgruppen des Klimaschutzplans hervorgehoben, mit denen wir uns natürlich beschäftigen können und sollen, keine Frage. Das ist ganz klar. Aber ich finde, Sie haben das hier ins Lächerliche gezogen.

Meine Erfahrung aus den letzten Jahren hat wirklich gezeigt: Es gibt nicht eine Lösung für die Energiewende, es gibt nicht eine Lösung für den Klimaschutz, sondern viele Maßnahmen zusammen können erst etwas bewirken. Deswegen finde ich es etwas problematisch, einzelne Aspekte herauszugreifen.

Ich komme zum zweiten Aspekt, den Sie angesprochen haben. Sie haben gesagt, NRW sei keine Insel. Das haben wir heute auch mehrmals gehört. Ich sage Ihnen aber auch gerne immer wieder: Trotzdem kommt ein Drittel der deutschen CO₂-Emissionen aus NRW. Wir sind aber nicht eines von drei Bundesländern, sondern eines von 16 Bundesländern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und die anderen Bundesländer können sich noch so sehr anstrengen, Deutschland erreicht die eigenen Klimaschutzziele nicht, wenn NRW nicht etwas tut. Und damit werden auch die EU-Ziele nicht erreicht. Deswegen müssen wir hier etwas tun.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir kommen zum Thema der CDU. Auch hier hören wir, es sei alles wichtig, nur nicht so viel und nicht hier. Dann gucken wir uns einmal die Kürzungsvorschläge an. Sie kritisieren, es gäbe noch keinen Klimaschutzplan und die wissenschaftlichen Grundlagen fehlten. Aber genau das war Ihr Kürzungsvorschlag. Und Sie argumentieren in diesem Bereich der Versuche und Untersuchungen damit, diese rechtfertigten Ausgaben für nachhaltige Entwicklung, Klimaschutzplan und Nachhaltigkeitsstrategie in dieser Höhe nicht. Das hört sich erst einmal so an, als wollten Sie darüber diskutieren, wie viel nötig sei. Das machen Sie aber nicht, sondern wollen das komplett streichen. Sie wollen, dass man einen Klimaschutzplan und Klimaschutzanstrengungen und -maßnahmen ohne jegliche wissenschaftliche Grundlage durchführt, einfach ins Blaue hinein. Ich finde, das passt nicht zusammen.

Auch Ihr zweiter Vorschlag, alle Förderprogramme pauschal zu kürzen, ist bereits in vielen anderen Debatten angeklungen. Gucken wir uns doch einmal an, was das mit Ausnahme von EFRE-Programmen in unserem Klimaschutzbereich bedeuten würde. Hauptsächlich betroffen wäre beispielsweise das Markteinführungsprogramm von progres.nrw. Dann sagen Sie doch bitte ganz konkret: Wollen Sie keine Energiekonzepte mehr fördern? Welche Technologien sollen denn aus Ihrer Sicht hinten herunterfallen? – Ich finde es einfach nicht ehrlich, dass Sie den Vorwurf äußern, es sei noch nichts passiert, und auf der anderen Seite pauschal Kürzungen ansetzen.

All diese „aber“ und „heute Morgen so, heute Nachmittag so“, das irritiert mich alles sehr. Ich habe gemerkt, an einem Tag wie heute ertrage ich das anscheinend nur mit Humor, und habe ein kurzes Gedicht in den „Fliegenden Blättern“, einer humoristisch-satirischen Zeitschrift, gefunden, das, wie ich finde, sehr passend ist. Ich zitiere:

„Sonderbar ist dieses Leben,
Sonderbar sind diese Leute.
Was sie gestern arg verdammten,
Loben sie voll Inbrunst heute.

Was genial sie heute preisen,
Tadeln morgen sie als kläglich;
Selten wechseln sie die Wäsche,
Ihre Meinung aber täglich.“

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von der FDP: Wie bei der Vorratsdatenspeicherung! – Heiterkeit und Beifall von den PIRATEN)

Ganz im Ernst: Wir brauchen eine konsequente Energiewende, auch und gerade in Nordrhein-Westfalen. Wir brauchen den Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem der Windenergie in Nordrhein-Westfalen.

Es wird sich zeigen, ob die Beschlüsse der Großen Koalition uns in Nordrhein-Westfalen dabei wirklich helfen werden. Da auch nur ein Appell an Herrn Kufen: An der Stelle sollte man natürlich zusammenstehen, damit hier ein Ausbau auch möglich ist.

Wir brauchen Innovationen in Speicher. Wir brauchen einen konsequenten Klimaschutz mit vielen Lösungen und Maßnahmen in allen Bereichen. Dieser Klimaschutz, den wir brauchen, ist Fortschrittsmotor und keine Bremse für die Wirtschaft.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Gerhard Papke)

Für all das, meine sehr geehrten Damen und Herren, bildet dieser Haushaltsplan eine gute Basis, die wir natürlich unterstützen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Rohwedder das Wort. Bitte.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer hier im Saal und draußen im Stream! Wir Piraten stehen für eine nachhaltige Politik, für ökologische, ökonomische und soziale Erneuerung, für verantwortungsvollen und generationengerechten Umgang mit den zum allgemeinen Wohlergehen notwendigen Ressourcen und deren Schutz.

Immer deutlicher wird, dass durch die menschlichen Aktivitäten bedingte Klimaveränderungen konsequente Maßnahmen auf allen Handlungsebenen erfordern – viel konsequenter als das, was die Landesregierung bisher geleistet hat. Diese Leistungen werden nämlich durch andere Maßnahmen mehr als aufgehoben. Dafür stehen die neuen Kohlekraftwerke, der fortgesetzte Braunkohle Tagebau.

Mit viel lokalpatriotischem Stolz wird immer wieder hervorgehoben, dass Nordrhein-Westfalen 22 % des deutschen Bruttoinlandsproduktes oder 4,5 % des europäischen BIP, EU-27, leistet, dass Nordrhein-Westfalen alleine mehr leistet als ganze Staaten wie Belgien, Norwegen, Österreich, Polen, Schweden und die Schweiz.

Gleichzeitig ist Nordrhein-Westfalen aber auch führend beim Ausstoß von Klimagasen, besonders Kohlendioxid. Das ist nicht primär der Preis für die starke Wirtschaftsleistung, sondern der Preis für die bisherigen Versäumnisse und das künstliche Am-Leben-Halten fossiler Dinosaurier. Weil Nordrhein-Westfalen im Klimaschutz der Träger der roten Achterlaterne ist, ist der Klimagasausstoß auch noch unverhältnismäßig hoch.

Den Grund kann man schon im Koalitionsvertrag finden, wo die Chancen der Energiewende für Nordrhein-Westfalen und damit Klimaschutz unstrukturiert angegangen werden.

Wir dagegen wollen einen konsequenten Klimaschutz. Wir wollen einen schnellen, entschlossenen, ambitionierten und radikalen Umbau der Energieerzeugungsstruktur. Das ist umso wichtiger, wo die bisher bekannten Aussagen im Berliner Koalitionsvertrag dazu Fassungslosigkeit hinterlassen.

Eine konsequente Energiewende, ein konsequenter Klimaschutz werden die Wirtschaftsleistung hier im Lande nicht nur auf eine verträgliche Weise erhalten, sie werden sie sogar verbessern und zu mehr Arbeitsplätzen und einer noch höheren Leistung beitragen, zu mehr Arbeitsplätzen, als die sterbenden Dinosaurier jetzt abbauen. Lokale Wertschöpfung statt Oligopole!

Als großer Player im globalen Vergleich trügen wir auch mehr zu einem globalen Klimaschutz bei, als man unmittelbar vermuten möchte. Durch das gute Beispiel – Best Practice –, den Export von Technologie und Wissen, könnte in anderen Ländern ebenfalls mehr erreicht werden. Wir können dann im Guten dort mehr beeinflussen als nur in Nordrhein-Westfalen selbst.

Aber dazu ist eine Kursänderung in Nordrhein-Westfalen nötig. Das Klimaschutzgesetz ist unzureichend. Der Braunkohlenabbau und der Neubau oder die Inbetriebnahme von Kohlekraftwerken müssen gestoppt werden. Die Subventionen in diesen Bereichen müssen aufhören.

Wir sind ja schon so weit, dass wir uns vor den Folgen des Klimawandels schützen müssen, der noch nicht einmal richtig angefangen hat. Deshalb stimmen wir auch den Anträgen der CDU zu deutlich mehr Finanzmitteln für den Hochwasserschutz zu. Wir hoffen dabei allerdings, dass da nicht die übliche Fantasielosigkeit herrschen wird, einfach enge Flussbetten höher einzudeichen, sondern dass man auch die Belange des Naturschutzes berücksichtigt. Man kann da zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

Wer so wenig Klimaschutz betreibt wie diese Landesregierung, der muss dann eben auch für die Schäden Vorsorge treffen, Schäden, die man billiger vermeiden oder minimieren kann.

Aus Berlin und Brüssel ist weiterhin nichts Gutes zu erwarten. Die Zeit läuft uns weg. Sie können so nicht weitermachen. Sie gefährden Klima, Umwelt, Wirtschaft und die gesamte Zukunft.

Wir erwarten spätestens für den nächsten Haushalt eine deutliche Positionierung der Regierung pro Klimaschutz und Energiewende und entsprechende Maßnahmen. Wir hoffen, dass die Ausarbeitung des Klimaschutzplanes dazu auch beitragen wird. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Remmel das Wort.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Verehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man kann es sich ganz einfach machen, und so einfach ist es eigentlich auch. Ich möchte zitieren und damit ist eigentlich alles gesagt. Manchmal braucht man diese emotionalen Momente, um einen gewissen Schub zu bekommen. Der philippinische Delegierte auf der Weltklimakonferenz in Warschau, Yeb Sano, hat es in einem Satz ausgedrückt: „It's time to stop this madness.“ – Es ist Zeit, diesen Wahnsinn zu stoppen.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Eigentlich könnte ich hier meine Rede beenden, wenn denn das Ergebnis der Konferenz nicht so traurig wäre. Ich hatte die Gelegenheit, als Ländervertreter an der deutschen Delegation teilzunehmen.

Wir brauchen 2015 ein weltweites Abkommen, um wirklich den Pfad Richtung Zwei-Grad-Ziel noch zu nehmen. Aber das, was da an konkreten Ergebnissen herausgekommen ist, stimmt nicht hoffnungsfroh. 194 Länder, vielfache Blockaden. Es fehlt ein Impuls, der auch von den führenden Nationen, den wirtschaftlich starken Nationen dieser Welt in einen solchen Prozess getragen wird.

Deshalb ist eine europäische Position so furchtbar wichtig. Leider muss ich sagen, dass die Bundesregierung die Position, die sie mal hatte, nämlich wirkliche Impulse auch für ambitionierte europäische Anstrengungen und Ziele zu setzen, verlassen hat. Diese Anstrengungen und Ziele sind aber notwendig, um 2015 wirklich zu einer Vereinbarung zu kommen.

Das ist das eher pessimistische Bild.

Gleichzeitig war ich aber auch beim Treffen der Regionen. Nordrhein-Westfalen ist Mitglied in einem Bündnis weltweiter regionaler Anstrengungen. Ob es sich um Oberösterreich, die Bretagne, Wales, Schottland, Ontario oder Südaustralien handelt: All diese Regionen haben sich aufgemacht, in einem regionalen Bündnis von Städten und Regionen eigene Klimaschutzanstrengungen zu unternehmen. So machen wir das mit unserem Klimaschutzgesetz, mit unserem Klimaschutzplan – sozusagen Klimaschutz von unten. Das, was in den Regionen schon heute auf den Weg gebracht worden ist, macht mich hoffnungsfroh, dass wir es gemeinsam schaffen können, wenn wir auf unsere eigenen Anstrengungen und unsere eigenen Kräfte vertrauen.

Ich kann es mir noch einmal einfacher machen, indem ich Ihnen zurufe: Wir brauchen viele Saerbecks und Bottrops in diesem Land. An dieser Stelle noch einmal herzlichen Glückwunsch an Saerbeck und an Bottrop! Beide haben letzte Woche den Deutschen Nachhaltigkeitspreis bekommen. Und wir sind ein wenig stolz darauf, dass es zwei Kommunen aus Nordrhein-Westfalen sind.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Wir könnten es uns wirklich so leicht machen, zu sagen: Lass doch einfach nur das kopieren, was die beiden vorgemacht haben.

Am Ende möchte ich aber doch einen Eindruck von heute Morgen wiedergeben; ich war als Schirmherr beim Windenergetag NRW 2013 in Bad Driburg: Eigentlich Aufbruchstimmung! Eigentlich sind wir in Nordrhein-Westfalen dabei, das aufzuholen, was wir lange versäumt haben. In diesem Frühjahr gab es vonseiten der Netzbetreiber Anmeldungen von zwei Gigawatt Windkraft. – Und dann kamen die Nachrichten, die für unseren Standort nicht positiv sind.

Ich erhoffe mir auch von diesem Parlament Unterstützung und Initiativen, damit wir die gute Entwicklung bei den Erneuerbaren, die wir brauchen, um die Klimaziele zu erreichen – und das ist die

Hauptsäule –, nicht abbrechen lassen, sondern gerade in Nordrhein-Westfalen weiter fortführen können. Ich hoffe auf Ihre Unterstützung. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Vielen Dank, Herr Minister Rimmel. – Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir sind somit am Ende der Beratungen nicht nur dieses Teilbereichs, sondern des gesamten Einzelplans 10 angelangt.

Ich rufe die Abstimmung über den Einzelplan 10 auf. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 16/4470, den Einzelplan in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wer dieser Beschlussfassung seine Zustimmung geben möchte, den darf ich um sein Handzeichen bitten. – Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Wer enthält sich der Stimme? – Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und einem Teil der Piratenfraktion gegen die Stimmen von CDU, FDP, einem anderen Teil der Piratenfraktion sowie des fraktionslosen Abgeordneten Stein bei Enthaltung eines weiteren Teils der Piratenfraktion mehrheitlich angenommen. Damit hat der Landtag dem **Einzelplan 10** in der vorgelegten Form **zugestimmt**.

Ich rufe den nächsten Einzelplan auf:

**Einzelplan 09
Ministerium für Bauen, Wohnen,
Stadtentwicklung und Verkehr**

In Verbindung mit:

Keine Benachteiligung Nordrhein-Westfalens bei der Bundesverkehrswegeplanung – Seeverkehrsprognose 2030 der Bundesregierung muss dringend überprüft werden

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4442

Ich verweise, meine Damen und Herren, auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses zum Einzelplan 09 Drucksache 16/4409 und eröffne die Aussprache zunächst zum

**Teilbereich
Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung**

Als erstem Redner erteile ich für die CDU-Fraktion Herrn Kollegen Schemmer das Wort. Bitte schön, Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Vizepräsident Dr. Gerhard Papke: Herr Kollege Schemmer, warten Sie bitte einen kleinen Augenblick.

Meine Damen und Herren, ich darf doch sehr herzlich bitten, dass diejenigen, die sich jetzt versammeln und Gespräche führen, das vielleicht draußen tun, damit wir den Rednerinnen und Rednern auch in der weiteren Beratung unser Gehör schenken können. – Vielen Dank.

Herr Kollege Schemmer.

Bernhard Schemmer (CDU): Schönen Dank, Herr Präsident. – Lessing hat einmal gesagt: „Zu einem großen Mann gehört beides: Kleinigkeiten als Kleinigkeiten und wichtige Dinge als wichtige Dinge zu behandeln“. Das habe ich gerade mal auf die heutige Diskussion zum Thema „Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr“ übertragen. Wir wissen alle, dass Nordrhein-Westfalen das verkehrsreichste Land der Bundesrepublik ist. Und wie haben die Koalitionsfraktionen letztlich entschieden? Das Thema „Emanzipation“ ist für Rot-Grün wichtiger als das Thema „Bauen und Verkehr“; denn Bauen und Verkehr ist heute der letzte Punkt.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Übrigens kann man das auch an einem anderen Thema erkennen. Im Haushalt des Jahres 2000 hatte der Bereich „Bauen und Verkehr“ ein Volumen von 3 Milliarden €. Das Volumen des heutigen Gesamthaushalts liegt zwar um 15 Milliarden € höher, aber die 3 Milliarden € sind geblieben. So wichtig ist Ihnen Bauen und Verkehr.

Gucken wir uns mal die einzelnen Bereiche an.

Wohnraumförderung: Herr Minister Groschek, wer solch verheerenden Zahlen bei der sozialen Wohnraumförderung präsentieren muss wie Sie, der freut sich sicherlich auch darüber, dass dieser Tagesordnungspunkt heute so weit hinten platziert ist und quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindet. Das ist so auch in Ordnung, denn die Zahlen vom 31. Oktober dieses Jahres belegen: Noch nie hat es in der Wohnraumförderung solch eine Bruchlandung gegeben wie in diesem Jahr.

Ich zitiere noch einmal die Zahlen. Förderhöhe 2009: 950 Millionen €, am 31. Oktober abgerufen: 66 %. Von den 1.000 Millionen im Jahr 2010 waren bis 31. Oktober 80 % abgerufen worden. Von den 800 Millionen € im Jahr 2011 waren es 51 %, von den 850 Millionen € 2012 waren es 31 %. Und in diesem Jahr? – Gigantisch! Von den 800 Millionen € in diesem Jahr sind sage und schreibe 16 % abgerufen worden.